



VIII. B. 172 251

# Revidirte Städteordnung

für das

Herzogthum Braunschweig.

d. d. Braunschweig, den 19. März 1850.

**Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. &c. &c.**

Da Wir für erforderlich gehalten haben, die allgemeine Städteordnung vom 4. Juni 1834 einer Revision zu unterwerfen, so erlassen Wir mit Zustimmung der Abgeordneten des Landes nachfolgende, auch auf diejenigen Flecken, welche eine städtische Verwaltung haben, anwendbare, revidirte Städteordnung.

## Erster Abschnitt.

### Allgemeine Bestimmungen.

#### §. 1.

##### Rechte der Städte.

Jede Stadt hat das Recht, innerhalb der durch das Gesetz festgestellten Schranken alle ihre Gemeindeangelegenheiten, insbesondere ihr Gemeindevermögen, so wie auch die Ortspolizei innerhalb des Stadtbezirks selbstständig zu verwalten und ihre Vorsteher und Vertreter frei zu wählen.

Wegen der Verwaltung der Polizei in der Stadt

UB Braunschweig

84



10262-776-3

Braunschweig bleiben besondere gesetzliche Bestimmungen vorbehalten.

Rücksichtlich der Verwaltung der städtischen Forsten hat es bis zum Erlasse weiterer gesetzlicher Bestimmungen bei dem bisherigen Aufsichtsrechte des Staats sein Bewenden.

## §. 2.

### Statuten.

Die Städte sind befugt, ihre Gemeindeangelegenheiten, so wie auch Gegenstände der Ortspolizei, unter Beobachtung der in diesem Gesetze enthaltenen Vorschriften, durch Statuten zu ordnen.

Die Statuten dürfen nichts dem Landesgrundgesetze oder anderen Gesetzen Widersprechendes enthalten und bekommen Gesetzeskraft, sobald sie von der Stadtbehörde mit Bezugnahme auf die Genehmigung des Herzoglichen Staats-Ministeriums auf ortsübliche Weise veröffentlicht sind.

Es können in solchen Statuten einfache Polizeistrafen bis zu 10  $\mathfrak{g}$  oder 10 Tagen Gefängniß angedrohet werden.

## §. 3.

### Sonstige Befugnisse.

Die Städte haben bei Aufnahme Fremder in den städtischen Verband, bei Heiraths- und Gewerbebetriebs-Gesuchen mitzuwirken und wird in besonderen Gesetzen darüber weitere Verfügung erfolgen.

## §. 4.

### Umfang des Gemeindeverbandes.

Alle im Stadtbezirke belegene Grundstücke und alle in demselben wohnende Personen sind dem Gemeindeverbande unterworfen und nehmen an den Vortheilen und Lasten nach den Bestimmungen dieses Gesetzes Theil.

## Zweiter Abschnitt. Von dem Stadtbezirke.

### §. 5.

#### Begriff.

Der Stadtbezirk wird gebildet durch alle innerhalb der Stadt, der Vorstädte und der Stadtfeldmark gelegenen Grundstücke.

### §. 6.

Feststellung zweifelhafter Stadtbezirke.

In so weit die Stadtbezirke noch zweifelhaft sind, erfolgt deren Feststellung auf dem Wege der Gesetzgebung.

### §. 7.

Veränderung der Stadtbezirke.

Veränderungen der feststehenden Stadtbezirke können gleichfalls nur durch ein Gesetz erfolgen. Dagegen bedarf es nur einer Verordnung, wenn einzelne Bestandtheile eines Stadtbezirks, bezüglich eines angrenzenden Landgemeindebezirks, mit Zustimmung der betreffenden Gemeinden und der theilhaftigen Eigenthümer von dem Stadtbezirke getrennt, bezüglich demselben zugelegt werden sollen.

### §. 8.

#### Fortsetzung.

Die in Gemäßheit vorgekommener Gemeinheitstheilungen oder Ablösungen an benachbarte Gemeinden oder deren Einwohner oder an die Stadt oder deren Einwohner als Abfindung gefallen Grundstücke treten mit der Recessbestätigung in den Verband der betreffenden Gemeinden, wenn sie mit deren Bezirken in unmittelbarer Verbindung stehen und sie gehören dann auch demselben Gerichts- und Verwaltungsbezirke wie diese Gemeinden an.

### §. 9.

Eintheilungen des Stadtbezirks.

Der statutarischen Bestimmung einer jeden Stadt

bleibt die Feststellung darüber vorbehalten, ob und in welche Abtheilungen der Stadtbezirk sowohl hinsichtlich der Gemeindeverwaltung überhaupt, als auch besonders hinsichtlich der verschiedenen Genossenschaften angehörenden Grundstücke, der Kirchenverwaltung, der Armenpflege u. s. w. zerfällt.

Der Stadtmagistrat hat die hierauf bezüglichen Beschreibungen aufzustellen und vollständig zu erhalten.

### Dritter Abschnitt.

#### Von den Gemeindegossen.

##### §. 10.

##### Allgemeine Bestimmung.

Gemeindegossen sind alle, welche auf gesetzliche Weise das Wohnortrecht in der Stadt erworben haben.

##### §. 11.

##### Fortsetzung.

Die Gemeindegossen nehmen an allen aus dem Gemeindeverbande hervorgehenden Lasten und Rechten Theil, mit Ausnahme der durch die Gesetze den Bürgern vorbehaltenen Lasten und Rechte.

##### §. 12.

##### Marktossen und Fremde.

Marktossen sind alle, welche im Stadtbezirke Grundbesitz, das Recht des Wohnsitzes daselbst aber nicht haben.

Fremde sind diejenigen, welche sich in einer Stadt aufhalten, ohne daselbst wohnberechtigt zu sein.

##### §. 13.

##### Bürger.

Bürger sind alle Gemeindegossen, welche von dem Stadtmagistrate einen Bürgerschein erhalten haben.

§. 14.

Bürgerrecht.

Das Bürgerrecht verleiht die Befugniß, bei der Stadtverwaltung, so wie bei der Wahl der Stadtverordneten in den gesetzlichen Verhältnissen mitzuwirken.

§. 15.

Erwerb des Bürgerrechts.

Befähigt und verpflichtet zum Erwerbe des Bürgerrechts sind alle männliche Gemeindegensossen, welche

- 1) das 25ste Lebensjahr zurückgelegt,
- 2) einen eigenen Hausstand führen oder in selbstständigen Verhältnissen leben,
- 3) nicht zu einer Strafe rechtskräftig verurtheilt worden sind, welche sie der politischen Rechte verlustig macht, oder diese nach einer solchen Verurtheilung nicht wieder erhalten haben,
- 4) weder für ihre Person, noch für ihr Vermögen unter Curatel stehen, und
- 5) Communalsteuer oder Einkommensteuer regelmäßig zahlen und diese Abgabe vom letzten Calendjahre vor dem Erwerbe des Bürgerrechts, soweit sie dazu verpflichtet waren, entrichtet haben.

Die Meldung zur Aufnahme in die Bürgerrolle muß binnen 3 Monaten nach Errichtung eines selbstständigen Hausstandes bei dem Stadtmagistrate angebracht werden.

Ausgenommen von der Verpflichtung zum Erwerbe des Bürgerrechts sind nur die dem activen Truppencorps angehörigen Militairpersonen und die Grenzaufseher, in so fern sie nicht Grundeigenthum im Stadtbezirke besitzen.

§. 16.

Verlust des Bürgerrechts.

Das Bürgerrecht geht verloren, wenn Jemand

- 1) zu einer Strafe rechtskräftig verurtheilt ist, welche ihn der politischen Rechte beraubt, oder

- 2) sein Wohnortszrecht in der Stadt verliert, oder
- 3) ein Jahr lang entfernt gewesen ist, ohne wegen seiner Lasten und Pflichten einen Bevollmächtigten oder Stellvertreter gestellt zu haben.

§. 17.

Fortsetzung.

Der Verlust des Bürgerrechts zieht den Verlust des Rechts, ein Grundstück in dem Stadtbezirke zu besitzen, oder ein Gewerbe daselbst zu betreiben, nicht nach sich.

§. 18.

Ruhendes Bürgerrecht.

Das Bürgerrecht ruhet, so bald und so lange eines der in dem §. 15 unter den Nummern 2, 4 und 5 aufgeführten Erfordernisse zum Erwerbe des Bürgerrechts nicht mehr vorhanden ist.

§. 19.

Ehrenbürgerrecht.

Der Magistrat kann auf Antrag oder mit Zustimmung der Stadtverordneten denjenigen, welche sich um die Stadt ein besonderes Verdienst erworben haben, das Ehrenbürgerrecht ertheilen. Dasselbe enthält keine städtische Verpflichtungen.

§. 20.

Rollen der Gemeindegengenossen, Markgenossen und Fremden.

Der Magistrat hat in abgesonderten Rollen die Bürger, die übrigen Gemeindegengenossen, die Markgenossen und die Fremden verzeichnen zu lassen und diese Rollen stets vollständig zu erhalten.

§. 21.

Gebühren.

Für die Ertheilung des Bürgerrechtes wird eine Gebühr von 2  $\mathfrak{f}$  und beim Erwerbe von Häusern und sonstigen Grundstücken für die Aufnahme in die Rolle

der Markgenossen eine Gebühr von 1  $\mathfrak{S}$  an die Stadtcasse entrichtet.

## Vierter Abschnitt.

Von der Verwaltung der städtischen Angelegenheiten und den Gemeindeämtern.

### I. Allgemeine Bestimmungen.

#### §. 22.

Vertretung der Stadtgemeinden.

Die Stadtgemeinden werden in Bezug auf ihre Rechte und Pflichten von dem Magistrate und den Stadtverordneten nach den Bestimmungen dieses Gesetzes vertreten.

#### §. 23.

Verpflichtung zur Uebernahme der Gemeindeämter.

Das Amt eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes und eines Stadtverordneten ist ein Ehrenamt und darf in der Regel nicht abgelehnt werden.

Die Mitglieder des Herzogl. Staats-Ministeriums und die zur Verwaltung der Landespolizei bestellten Beamten sind zu einem Gemeindeamte nicht wählbar.

Mitglieder des Stadtmagistrats können nicht Stadtverordnete sein.

#### §. 24.

Gründe der Ablehnung eines Gemeindeamts.

Zur Ablehnung sind nur diejenigen Personen berechtigt, welche an anhaltender, die Erfüllung der zu übernehmenden Obliegenheiten hindernder Krankheit oder Körperschwäche leiden oder in solchen häuslichen und geschäftlichen Verhältnissen stehen, daß sie durch Uebernahme des Amts einen erheblichen Nachtheil erleiden würden.

Ueber die Zulässigkeit der Ablehnung entscheiden die Stadtverordneten.

Außerdem sind diejenigen, welche ein Gemeindeamt bekleidet haben, nach ihrem Ausscheiden für eine gleiche Zeit zur Ablehnung berechtigt.

§. 25.

Erlaubniß zur Uebernahme eines Gemeindeamts.

Zur Uebernahme eines Gemeindeamts haben Staatsdiener, active Militairpersonen, Geistliche und Schullehrer die Erlaubniß ihrer vorgesetzten Behörden einzuholen, welche nur aus Rücksichten auf das Beste des Dienstes ver sagt werden wird.

§. 26.

Niederlegung eines Gemeindeamts.

Das Recht zur Verwaltung des Amts hört auf, wenn die Bedingungen der Wählbarkeit nicht mehr vorhanden sind.

Die im §. 24 enthaltenen Ablehnungsgründe berechtigen auch zur Niederlegung eines Gemeindeamts.

Die Stadtverordneten haben über die Zulässigkeit der Niederlegung zu entscheiden.

§. 27.

Unberechtigte Ablehnung oder Niederlegung eines Gemeindeamts.

Wer die Annahme der Wahl zu einem Gemeindeamte oder die Fortführung desselben ohne gesetzlichen Entschuldigungsgrund verweigert, hat die Kosten einer neuen Wahl zu tragen und zahlt für den Zeitraum, in welchem er verpflichtet war, das Amt zu verwalten, eine nach den Verhältnissen seines Einkommens durch die Stadtverordneten festzusetzende Strafe von 3 bis 40  $\mathfrak{f}$  jährlich in die Stadtcasse. Außerdem ruhet für diesen Zeitraum sein Bürgerrecht.



§. 28.

Mitwirkung anderer Gemeindegengenossen.  
Erachten der Magistrat und die Stadtverordneten für nothwendig, zur Mitansführung einzelner zu ihrem Wirkungskreise gehörenden Geschäfte andere Gemeindegengenossen heranzuziehen, so sind dieselben zur Uebernahme derartiger Aufträge verpflichtet und finden bei etwaiger Ablehnung die Vorschriften des §. 27 Anwendung. Es ist jedoch die Verpflichtung zur Theilnahme an solchen Geschäften auf den Zeitraum von drei Jahren beschränkt, nach deren Verlauf eine Befreiung für eine gleiche Zeitdauer verlangt werden kann.

II. Von den Stadtverordneten.

1) Wahl und Zusammensetzung.

§. 29.

Anzahl.

Die Versammlung der Stadtverordneten besteht in Städten bis zu 4000 Einwohnern aus 9, in Städten bis zu 10,000 Einwohnern aus 18 und in der Stadt Braunschweig aus 27 Mitgliedern.

§. 30.

Wählbarkeit.

Jeder wahlberechtigte Bürger kann zum Stadtverordneten gewählt werden.

§. 31.

Vorbereitung der Wahlhandlung.

Zum Zwecke der Wahl der Stadtverordneten werden die wahlberechtigten Bürger nach der Communalsteuer, welche sie nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu entrichten haben würden, in drei gleiche Classen getheilt, in deren jeder ein Drittel der gedachten Steuern repräsentirt wird.

Das Vermögen der Ehefrau und der in väterlicher Gewalt stehenden Kinder wird dem Ehemanne und Vater bei Berechnung seines Steuerbetrages angerechnet.

Die Classe der Höchstbesteuerten wird zunächst gebildet und muß dieselbe den vollen Steuerbetrag enthalten. Schließt sie mit einem Steuersatze ab, den mehrere Bürger in gleicher Höhe entrichten, so gewährt das höhere Lebensalter den Vorzug.

Ebenso wird mit der hierauf zu bildenden Classe der Mittelbesteuerten verfahren.

Der Ueberrest der Wahlberechtigten kommt in die dritte Classe.

Jede dieser drei Classen wählt ein Drittel der Stadtverordneten.

Wird in der ersten Classe durch die dieselbe bildenden Steuerpflichtigen mehr als ein Drittel der Steuern repräsentirt, so werden die folgenden Classen nach dem Ueberreste des Steuerbetrages gebildet.

## §. 32.

### Fortsetzung.

#### Listen der Wahlberechtigten.

Die Listen der Wahlberechtigten in den einzelnen Classen werden für jede Wahl von dem Stadtmagistrate aufgestellt und sind dabei alle Bürger, deren Bürgerrecht ruhet, zu übergehen. Die Listen sind 14 Tage vor dem Wahltermine an einem geeigneten Orte öffentlich auszulegen und es ist, daß solches geschehen, auf angemessene Weise öffentlich bekannt zu machen.

Etwaige Reclamationen sind spätestens 8 Tage nach geschehener Bekanntmachung der Listen vorzubringen und haben darüber der Stadtmagistrat und die Stadtverordneten in vereinigter Versammlung endgültig zu entscheiden.

§. 33.

**Wahlverfahren.**  
**Zeitung der Wahl.**

Die Wahlen werden durch Wahlvorsteher geleitet, welche der Magistrat aus seiner Mitte oder aus der Zahl der Stadtverordneten ernennt.

Jedem Wahlvorsteher wird ein beeidigter Protocollführer beigegeben.

§. 34.

**Fortsetzung.**  
**Wahltermin.**

Zu dem Wahltermine sind die Wahlberechtigten nach den einzelnen Classen unter Angabe des Zweckes und der Dauer der Wahlzeit von den bestellten Wahlvorstehern auf Grund der ihnen vom Magistrate zugefertigten Stimmlisten mindestens 8 Tage vorher zu berufen.

Jede einzelne Classe der Wahlberechtigten hat zu verschiedenen Zeiten mit der Wahl zu verfahren.

Die Städte, in welchen die Versammlung der Stadtverordneten aus mehr als 9 Mitgliedern besteht, können, nachdem die drei Steuerclassen gebildet sind, behuf Vornahme der Wahl von dem Magistrate in angemessene Bezirke eingetheilt werden, welche für die verschiedenen Classen verschieden sein dürfen.

§. 35.

**Fortsetzung.**  
**Wahlhandlung.**

Zu der Wahlversammlung haben nur die Wähler Zutritt und es wird Niemand zur Abgabe seiner Stimme zugelassen, der nicht in die vom Magistrate aufgestellte Stimmliste aufgenommen oder auf erhobene Reclamation nachträglich zugelassen ist.

Der Wahlvorsteher eröffnet die Wahlhandlung damit, daß er sich zwei Wahlgehülfen aus der Zahl der Wähler beordnet.

Die Wähler haben in Person ihre Stimmen zu Protocoll abzugeben. Sind mehrere Stadtverordnete zu wählen, so wird jede Wahl besonders vorgenommen.

§. 36

Fortsetzung.

Nach Ablauf der für jede einzelne Wahl im Voraus zu bestimmenden Zeit wird die Wahlhandlung geschlossen und das Ergebniß der Wahl den Anwesenden sofort eröffnet.

§. 37.

Fortsetzung

Zur Gültigkeit einer Wahl wird absolute Stimmenmehrheit erfordert, d. h. mehr als die Hälfte der Stimmen der erschienenen Wähler.

Wird diese in erster Wahl nicht erreicht, so muß die Wahl unter den Beiden, welche die meisten Stimmen gehabt haben und zwar nöthigenfalls in einem besonders hierfür anzusetzenden Termine wiederholt werden. Haben mehr als zwei Personen eine gleiche relative Stimmenmehrheit, so kommen dieselben sämmtlich auf die zweite Wahl. Bei dieser entscheidet einfache Stimmenmehrheit und bei gleicher Stimmenzahl das Loos.

§. 38.

Fortsetzung.

Ueber die Wahlhandlung ist ein Protocoll aufzunehmen und von dem Wahlvorsteher, dem Protocollführer und den Wahlgehülfen zu unterschreiben. Dasselbe ist der Staatsbehörde auf Verlangen zur Prüfung des Verfahrens einzusenden.

§. 39.

Anfechtung der Wahl.

Gegen das stattgehabte Wahlverfahren kann ein jeder Bürger innerhalb 10 Tagen nach dem Wahltermine bei

der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten Beschwerde führen.

§ 40.

Aufhebung der Wahl.

Findet die vereinigte Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten in Veranlassung eingegangener Beschwerden oder der von der Staatsbehörde bei etwaiger Prüfung der Wahlprotocolle erhobenen Ausstellungen, daß bei der Wahl erhebliche Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, so hat sie die Wahl durch eine motivirte Entscheidung für ungültig zu erklären.

§. 41.

Zeit der Wahlen.

Die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung der Versammlung der Stadtverordneten finden im Monat October Statt. Die neugewählten Mitglieder treten mit dem Anfange des auf ihre Wahl folgenden Calendarjahrs ihr Amt an. Ausnahmsweise findet eine Wahl zu jeder anderen Zeit Statt, wenn ein Mitglied durch Tod oder auf andere Weise ausscheidet, jedoch nur für die Zeit, in welcher das ausscheidende Mitglied noch fungirt haben würde.

§. 42.

Dauer des Amts.

Die Stadtverordneten werden auf 6 Jahre gewählt.

Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der von jeder Classe gewählten Mitglieder aus.

Die austretenden Mitglieder können wieder gewählt werden.

Bei den ersten Wahlen oder einer Neuwahl sämtlicher Stadtverordneten ist durch das Loos zu bestimmen, welche Mitglieder nach 2 oder 4 Jahren ausscheiden sollen.

§. 43.

Ausschluß wegen Unwürdigkeit.

Wegen unwürdigen Verhaltens kann ein Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung durch Beschluß derselben ausgeschlossen werden.

Es findet dagegen binnen 14 Tagen ein Recurs an die vereinigte Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten Statt, bei deren Entscheidung es bewendet.

§. 44.

Auflösung der Versammlung der Stadtverordneten.

Der Landesfürst kann die Versammlung der Stadtverordneten auflösen, wird dann aber zugleich die Wahl neuer Stadtverordneten anordnen.

**2) Rechte und Pflichten der Stadtverordneten.**

§. 45.

Allgemeine Bestimmung.

Die Versammlung der Stadtverordneten hat, dieser Ordnung gemäß, bei der Leitung und Verwaltung der städtischen Angelegenheiten mitzuwirken und die Gesamtheit der Gemeindegossen zu vertreten. Die Stadtverordneten haben ihre Beschlüsse nur bei persönlichem Erscheinen in ordentlicher Versammlung nach Ueberzeugung und Gewissen zu fassen, nicht aber Instructionen oder Aufträge anderer zu befolgen. In ihren amtlichen Rechten und Pflichten sind sie einander gleich. Keiner ist als besonderer Vertreter seiner Standes- oder Gewerbsgenossen oder Wähler zu betrachten.

Geschäftskreis.

§. 46.

Zustimmung.

Die Zustimmung der Stadtverordneten ist erforderlich:

- 1) wenn statutarische Bestimmungen, polizeiliche Reglements und dauernde oder vorübergehende Einrichtungen im Gemeinwesen beschlossen, aufgehoben oder abgeändert werden sollen,
- 2) zur Feststellung der Dienstverträge und etwaiger Cautionen der Hilfsbeamten und Gemeinbediener,
- 3) zur Feststellung der nicht schon statutarisch bestimmten Gehalte und Entschädigungen der Gemeindebeamten, Hilfsbeamten und Gemeinbediener,
- 4) zur Ausschreibung von Gemeindeauflagen und zur Feststellung sonstiger persönlicher Leistungen der Gemeindegossen,
- 5) zur Feststellung der Classen behuf der Communalsteuerverpflichtigen,
- 6) zur Feststellung des Stadtrassenvoranschlags,
- 7) zur Aufnahme von Anlehen und zur Ausleihung von Capitalien,
- 8) zur Erwerbung von Grundstücken und Gerechtsamen für die Stadt und zur freiwilligen Veräußerung oder Verpfändung städtischer Grundstücke und Gerechtsame,
- 9) zur Abschließung von Pacht- oder Verdingungsverträgen, zu veränderter Benutzung von Gemeindegrundstücken, sowie zur Veräußerung von Gemeindenumzungen, wenn sie in dem Voranschlage nicht berücksichtigt sind,
- 10) zu den vorzunehmenden Begebaulichkeiten nach Maßgabe der erlassenen und noch zu erlassenden Gesetze,
- 11) zu Ausgaben jeder Art, welche im Voranschlage nicht berücksichtigt sind und den Betrag von 10  $\text{fl}$  übersteigen (§. 95.),
- 12) zur Anstellung, Ablehnung oder Vergleichung

von Processen, soweit der Rendant der Stadtkasse dazu nicht befugt ist,

- 13) zur Beantragung oder vergleichsweisen Abschließung von Gemeinheitstheilungen und Ablösungen, bei welchem die Gemeinde als solche theilhaftig ist,
- 14) zu Veränderungen des Stadtbezirks, soweit diese nicht im Wege der Gesetzgebung erfolgen,
- 15) zur Aufnahme neuer Gemeindeglieder, insofern sie nicht auf gesetzlichen Bestimmungen oder einer Verfügung der Herzoglichen Landesregierung beruht,
- 16) zur Entlassung eines Hülfsbeamten und Gemeinbedieners und
- 17) zur Uebernahme von Nebengeschäften Seitens der besoldeten Magistratsmitglieder.

Bei Heiraths- und Gewerbebetriebsgesuchen, so wie bei Zulassung von neuen Anbauern haben die Stadtverordneten nach Maßgabe der bestehenden und noch zu erlassenden Gesetze mitzuwirken.

#### §. 47.

##### Entscheidung.

Die Stadtverordneten haben das Recht der Entscheidung:

- 1) über die Zulässigkeit der Ablehnung oder Niederlegung des Amtes eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes und eines Stadtverordneten (§§. 24 und 26.),
- 2) über die Feststellung der Strafen wegen unrechtmäßiger Ablehnung oder Niederlegung eines solchen Gemeindeamtes (§. 27.),
- 3) über die Frage, in welche der einzelnen Klassen der Steuerpflichtigen zu setzen ist, zu welchem Endzwecke die Stadtverordneten nöthigenfalls das Einkommen der Steuerpflichtigen abzuschätzen haben,



- 4) über die Frage, ob und welche Einwohner, die zur Staatseinkommensteuer nicht beitragen, zur Communalsteuer heranzuziehen sind (§. 155),
- 5) über den Erlaß rückständiger Gemeindegefälle.

§. 48.

Gutachten.

Die Stadtverordneten haben sich über Anfragen des Stadtmagistrats in städtischen Angelegenheiten gutachtlich zu äußern.

§. 49.

Controle.

Die Stadtverordneten haben den städtischen Haushalt in allen seinen Theilen zu überwachen und zu controliren und demgemäß die Stadtcassen-Rechnung zu revidiren.

§. 50.

Fortsetzung.

Die Stadtverordneten haben das Recht, Eingaben über alle das Gemeindewesen der Stadt angehende Gegenstände, Vorschläge zur Abstellung wahrgenommener Mängel und Anträge auf Verbesserungen anzunehmen.

§. 51.

Fortsetzung.

Haben die Stadtverordneten gegen die Verwaltung des Magistrats Erinnerungen zu machen, so hat sich derselbe darüber vernehmen zu lassen. Glauben jene sodann eine Ersatzforderung gegen den Magistrat aufstellen zu müssen, so haben dieselben davon der Staatsbehörde Anzeige zu machen. Letztere wird die Ausgleichung der vorhandenen Differenzen versuchen. Schlägt dieser Versuch fehl, so bleibt den Stadtverordneten die weitere Verfolgung ihres Anspruches im Wege Rechts überlassen.

§. 52.

Recht des Antrages.

Behuf Förderung der Wohlfahrt der Gemeinde und der Gemeindegengenossen, insbesondere:

- 1) um die Erwerbsquellen der Einwohner zu erweitern und ergiebiger zu machen, so wie um die entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen,
- 2) um die vorhandenen Bildungsmittel allgemein zugänglich zu machen und so weit es erforderlich, zu vermehren und zu verbessern,
- 3) um die Sittlichkeit zu fördern, dem Betteln und Vagabondiren entgegenzuwirken und darauf hin zu arbeiten, daß die zu dessen Abwendung erforderlichen Maßregeln ins Leben gerufen werden,
- 4) um die Auswanderung solcher Einwohner, denen es an den nöthigen Erwerbsmitteln fehlt, oder deren Verhalten schädlich zu werden drohet, zu fördern oder zu leiten,

sind die Stadtverordneten gleich dem Stadtmagistrate befugt, Anträge zu stellen und dem letzteren zur Zustimmung und Ausführung vorzulegen.

Dieselbe Befugniß steht den Stadtverordneten in allen auf die Leitung und Verwaltung der Communal-Angelegenheiten bezüglichen, namentlich in den §. 46 genannten Fällen zu.

Hält der Magistrat dafür, daß auf den gestellten Antrag nicht einzugehen sei, so wird er davon die Stadtverordneten unter Mittheilung der Gründe in Kenntniß setzen. Beharren dieselben nach wiederholter Berathung auf ihrem Antrage, so kommt das in den §§. 104 und 105 vorgeschriebene Verfahren zur Anwendung.

§. 53.

Recht der Beschwerde.

Die Stadtverordneten können gegen den Stadt-

magistrat oder einzelne Mitglieder desselben wegen Dienstvernachlässigung oder Pflichtverletzung bei der Staatsbehörde Beschwerde führen und in den dazu geeigneten Fällen die Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung veranlassen.

Beschlüsse, welche die Stadtverordneten vermöge des Rechts der Beschwerde fassen, sind dem Magistrate mitzutheilen und dieser kann verlangen, daß die Stadtverordneten nach Mittheilung der Gründe des Magistrats, den Gegenstand nochmals in Erwägung ziehen.

§. 54.

Beschränkung der Stadtverordneten bei Ausübung ihrer Rechte.

Den Stadtverordneten steht keine ausführende Gewalt zu.

**3) Geschäftsordnung.**

§. 55.

Vorsitzender und Protocollführer.

Die Stadtverordneten wählen jährlich aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und Protocollführer und deren Stellvertreter durch absolute Stimmenmehrheit. Die Stellvertreter treten ein, wenn der Vorsitzende oder Protocollführer behindert ist.

Auf Beschluß der Stadtverordneten kann im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate ein städtischer Beamter oder eine andere Person mit der Protocollführung dauernd beauftragt werden.

§. 56.

Berufung der Versammlungen.

Der Vorsitzende hat die Stadtverordneten zu versammeln, so oft es das Bedürfniß erfordert, oder wenn 3 Mitglieder solches unter Angabe des Gegenstandes der Berathung verlangen, oder auf Antrag des Stadtmagistrats. Die Einladung zu den Versammlungen

erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Berathung in der Regel spätestens 2 Tage vorher.

Von den Versammlungen muß der Vorsitzende unter Angabe der Gegenstände der Berathung dem Stadtmagistrate Anzeige machen.

#### §. 57.

Pflicht, zu erscheinen und zu stimmen.

Jeder Stadtverordnete ist verpflichtet, den Versammlungen beizuwohnen und eine statutarisch zu bestimmende, in die Ortsarmencasse fließende Geldstrafe zu erlegen, wenn er ohne erhebliche Entschuldigungsgründe, über welche die Versammlung der Stadtverordneten endgültig entscheidet, zurückbleibt.

Keiner der anwesenden Stadtverordneten darf sich der Abgabe seiner Stimme enthalten. Ein wegen eines Sonderinteresses bei einem Beschlusse betheiligtes Mitglied hat sich der Theilnahme an den Verhandlungen zu enthalten.

#### §. 58.

Ordnung der Versammlungen.

Der Vorsitzende hat die Versammlungen zu eröffnen und zu schließen, die Verhandlungen zu leiten und die Ordnung zu handhaben.

#### §. 59.

Oeffentlichkeit der Versammlungen.

Die Versammlungen der Stadtverordneten sind in der Regel öffentlich. Auf den Antrag des Stadtmagistrats oder dreier Stadtverordneten kann jedoch, nach vorgängiger geheimer Berathung, für einen einzelnen Fall die Oeffentlichkeit der Verhandlung ausgeschlossen werden.

#### §. 60.

Fortsetzung.

Die Zuhörer dürfen die Verhandlungen auf keine Weise stören und namentlich keine Zeichen des Beifalls

oder Mißfallens geben. Der Vorsitzende hat dahin zu sehen, daß diese Vorschrift genau befolgt werde und ist er verpflichtet, die Zuhörer entfernen zu lassen, wenn die unterbrochene Ordnung auf seine Aufforderung nicht sofort wieder hergestellt wird oder wiederholte Störungen vorkommen.

Wenn einzelne Zuhörer sich bedeutende oder wiederholte Ruhestörungen oder unpassende Aeußerungen zu Schulden kommen lassen, so hat die Stadtverordneten-Versammlung das Recht, dieselben auf eine bestimmte Zeit von dem Zutritte zu den Sitzungen auszuschließen.

#### §. 61.

Theilnahme des Stadtmagistrats an den  
Versammlungen.

Der Stadtmagistrat ist befugt und auf den Antrag des Vorsitzenden der Stadtverordneten verpflichtet, zu den Versammlungen der Stadtverordneten — wenn es sich nicht um eine Beschwerde gegen den Stadtmagistrat handelt, Deputirte zu senden, welchen auf Verlangen jederzeit das Wort zu gestatten ist.

#### §. 62.

Commissionen.

Die Stadtverordneten können die zu beratenden Gegenstände vor der Verhandlung in den Versammlungen durch Commissionen aus ihrer Mitte begutachten lassen.

Die Stadtverordneten und Commissionen können zur Begutachtung, so wie zur Mitausführung einzelner zu ihrem Wirkungskreise gehörenden Geschäfte

1) andere Einwohner zuziehen, um vor ihnen Auskunft und Gutachten zu erhalten und

2) den Stadtmagistrat um Nachrichten ersuchen.

Der Magistrat ist verpflichtet, den desfalligen Anforderungen nachzukommen.

§. 63.

Erforderliche Zahl zu Beschlüssen.

Um einen Beschluß fassen zu können, müssen auf vorgängige ordnungsmäßige Einladung sämmtlicher Stadtverordneten zwei Drittheile derselben erschienen sein. Zu jedem Beschlusse ist absolute Stimmenmehrheit erforderlich. Der Vorsitzende stimmt nur bei Stimmengleichheit mit, um den Ausschlag zu geben, und bei Wahlen.

§. 64.

Protocoll.

Ueber die Verhandlungen und das Ergebniß der Abstimmungen ist ein Protocoll zu führen, welches nach erfolgter Vorlesung und Genehmigung von dem Vorsitzenden und Protocollführer unterschrieben werden muß.

Der Inhalt der in den öffentlichen Sitzungen stattgehabten Verhandlungen kann von den Stadtverordneten auf angemessene Weise veröffentlicht werden.

§. 65.

Abfassung der Beschlüsse.

Der Vorsitzende hat die zur Ausführung der gefaßten Beschlüsse erforderlichen Ausfertigungen durch den Protocollführer abfassen zu lassen, dieselben Namens der Versammlung zu unterschreiben und an den Magistrat oder in den geeigneten Fällen an die Staatsbehörde einzusenden.

§. 66.

Beschwerden.

Gegen Entscheidungen der Stadtverordneten (§. 47) sind etwaige Beschwerden binnen 14 Tagen bei der vereinigten Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten zu verfolgen.

### III. Von dem Stadtmagistrate.

#### 1) Wahl und Zusammensetzung.

##### §. 67.

##### Anzahl der Mitglieder.

Der Stadtmagistrat ist eine collegialische Behörde und besteht außer dem Vorstande in Braunschweig aus vier, in den übrigen Städten aus zwei Mitgliedern.

Eine Vermehrung der Zahl der Mitglieder bleibt statutarischer Bestimmung vorbehalten.

##### §. 68.

##### Wahlart.

Die Mitglieder des Stadtmagistrats werden von dem Stadtmagistrate und den Stadtverordneten in vereinigter Versammlung erwählt.

##### §. 69.

##### Wählbarkeit.

Wählbar ist jeder Landeseinwohner, der fähig ist, Bürger zu werden.

Etwaige andere Bedingungen für die Wählbarkeit einzelner Mitglieder des Stadtmagistrats sind statutarisch festzustellen.

Wer mit dem Rechnungsführer und mit einem Mitgliede des Stadtmagistrats in den zwei ersten Graden verwandt oder verschwägert ist, kann nicht in den Stadtmagistrat eintreten. Die Stadtverordneten können jedoch beschließen, daß für den einzelnen Fall über dieses Hinderniß hinweggegangen werden soll.

##### §. 70.

##### Wahlverfahren.

Wenn eine Stelle im Stadtmagistrate zu besetzen ist, so versammeln sich die Mitglieder des Stadtmagistrats mit den Stadtverordneten zu einer gemeinschaftlichen Sitzung (§. 68).

Den Vorsitz führt der Vorsteher des Stadtmagistrats und bei dessen Behinderung das älteste Mitglied des Stadtmagistrats. Das Protocoll wird von dem Protocollführer der Stadtverordneten geführt.

Jeder der Anwesenden schreibt den Namen desjenigen, dem er seine Stimme geben will, auf einen zu verschließenden Zettel. Der Protocollführer sammelt die Wahlzettel, versieht dieselben mit Nummern und legt sie in eine Urne, welche er nach Abgabe sämtlicher Wahlzettel dem Vorsitzenden überreicht. Es wird alsdann mit der Eröffnung der Wahlzettel verfahren.

Die Wahl erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit. Ist diese nicht sofort vorhanden, so wird die Wahl wiederholt. Wenn auch bei der zweiten Wahl Niemand absolute Stimmenmehrheit erhalten hat, so werden diejenigen beiden Personen, welche in der ersten und zweiten Wahl zusammen die meisten Stimmen gehabt haben, auf eine engere Wahl gebracht. Tritt bei dieser engeren Wahl Stimmengleichheit ein, so scheidet einer der Wählenden nach dem Loose aus, worauf die Wahl von den Uebrigen wiederholt wird.

### §. 71.

#### Landesfürstliche Bestätigung.

Die Wahl des Magistratsvorstehers bedarf der Bestätigung des Landesfürsten.

Vor Ertheilung derselben darf der Gewählte das Amt nicht antreten.

Wird die Bestätigung versagt, so kann der Gewählte bei der gegenwärtigen Wahl nicht wieder präsentirt werden.

### 2) Dienstverhältnisse.

#### §. 72.

#### Besoldung.

Der Vorsteher des Magistrats muß eine statutarisch festzustellende Besoldung erhalten.



Ob und wie die übrigen Mitglieder des Magistrats zu besolden sind, ist gleichfalls statutarisch zu bestimmen.

Die Zahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder muß größer sein, als die der besoldeten.

Gebühren für Ausrichtung von Geschäften dürfen von den Magistratsmitgliedern nur erhoben werden, wenn sie durch die Gesetze zugebilligt sind.

#### §. 73.

Arrest auf Gehalte und Pensionen.

Besoldungen können nur bis zu einem Drittel und Pensionen bis zu einem Fünftel mit Arrest belegt werden.

#### §. 74.

Amtsantritt.

Die Vorsteher des Magistrats werden von einem Deputirten der mit der Beaufsichtigung der Gemeindeangelegenheiten beauftragten Staatsbehörde in gemeinschaftlicher Sitzung der Magistratsmitglieder und der Stadtverordneten eingeführt und auf Beobachtung dieser Ordnung beeidigt.

Die übrigen Magistratsmitglieder werden von dem Vorsteher des Magistrats eingeführt und haben bei der Einführung die Beobachtung dieser Ordnung an Eidesstatt zu geloben.

Nach geschehener Einführung wird die Antretung des Amtes auf geeignete Weise öffentlich bekannt gemacht.

#### §. 75.

Amtsdauer

Die Vorsteher des Magistrats werden in den Städten über 5000 Seelen auf Lebenszeit, in allen anderen Städten auf sechs Jahre gewählt, wenn nicht eine anderweite Amtsdauer statutarisch oder im einzelnen Falle mit Genehmigung der Herzoglichen Landesregierung bestimmt ist.

Die übrigen Magistratsmitglieder werden auf 6 Jahre gewählt und scheidet alle 3 Jahre die Hälfte aus. Bei

der ersten Wahl ist durch das Loos zu bestimmen, welche Mitglieder nach 3 Jahren austreten sollen. Die austretenden Mitglieder können wieder gewählt werden.

In der Stadt Braunschweig kann für die besoldeten Magistratsmitglieder eine anderweite Amtsdauer statutarisch festgestellt werden.

#### §. 76.

Uebernahme anderer Geschäfte.

Die Vorsteher des Magistrats und die besoldeten Mitglieder desselben können nach Annahme der Wahl andere öffentliche Functionen nur mit Genehmigung des Magistrats und der Stadtverordneten übernehmen.

#### §. 77.

Allgemeine Dienstpflichten.

Die Magistratsmitglieder sind für die gesetzmäßige, pünktliche und umsichtige Führung ihrer Amtsgeschäfte verantwortlich.

Dieselben sind verpflichtet, den Verfügungen der Landesverwaltungsbehörden, welche diese innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit in der vorgeschriebenen Form erlassen, Genüge zu leisten. Befolgen sie aber Verfügungen, welche entweder nicht in der Zuständigkeit der Behörden liegen oder nicht in der vorschriftsmäßigen Form erlassen sind, so geschieht dies auf ihre eigene Verantwortlichkeit.

Entstehen Zweifel darüber, ob die Behörde die erlassene Verfügung zu treffen competent sei, so hat der Magistrat oder dessen Vorsteher angemessene Vorstellung zu machen und erforderlichen Falls die Entscheidung der Herzoglichen Landesregierung zu erwirken. Wird auf diese Vorstellung der vorige Beschluß wiederholt, so ist er zu befolgen und bleibt der Magistrat oder dessen Vorsteher von aller Verantwortlichkeit befreit.

Wenn jedoch durch Verfügungen der Landesverwaltungs-Behörden die verfassungsmäßige Selbstständigkeit

oder die gesetzlichen Rechte der Gemeinde verletzt sein sollten, so hat der Magistrat die verfassungsmäßigen Mittel zur Hebung der Verletzung anzuwenden.

§. 78.

U r l a u b.

Ueber Urlaubsgesuche der Magistratsmitglieder entscheidet der Magistrat. Der Vorsitzende bedarf bei einer Abwesenheit von mehr als 14 Tagen der Genehmigung der Staatsbehörde.

§. 79.

Ordnungsstrafen.

Die Staatsbehörde kann die Mitglieder des Magistrats und den Rechnungsführer nöthigenfalls durch Geldstrafen bis zum Betrage von 20  $\mathfrak{R}$  zur Besorgung der ihnen obliegenden Geschäfte anhalten.

Disciplinargewalt.

§. 80.

Suspension.

Trifft die Mitglieder des Magistrats oder den Rechnungsführer der Verdacht, ein gemeines Verbrechen oder ein Dienstvergehen, was dazu geeignet ist, sie vor Gericht zu stellen, begangen zu haben, oder haben sich Magistratsmitglieder wiederholt Dienstvernachlässigungen, welche Ordnungsstrafen nöthig gemacht haben, oder unwürdiges Betragen zu Schulden kommen lassen, so ist der Vorsteher des Magistrats oder die Staatsbehörde befugt, denselben die Ausübung ihrer Amtsverrichtungen einstweilen zu untersagen. Es ist in diesem Falle ungesäumt die Einleitung der gerichtlichen Untersuchung zu veranlassen.

Wird die Untersuchung verweigert, so ist die Suspension sofort zurückzunehmen. Erfolgt die Untersuchung, so wird das Gericht über das Fortbestehen der Suspension, so wie ebenfalls darüber erkennen, ob und in wie

weit während der Suspension der Gehalt fortlaufen soll. Der einstweilen zurückbehaltene Gehalt wird jedoch nachbezahlt, wenn die Untersuchung mit Freisprechung endet.

Der §. 255 des Criminalgesetzbuchs wird in Bezug auf städtische Beamte außer Kraft gesetzt.

§. 81.

Fortsetzung.

Vor Erkennung der Suspension ist der betreffende Beamte mit seiner Rechtfertigung zu hören.

Auflösung des Dienstverbandes.

§. 82.

Pensionsberechtigung.

Die auf Lebenszeit angestellten Magistratsmitglieder haben einen Anspruch auf Pension (Ruhegehalt).

§. 83.

Verabschiedung.

Mit Aufgebung seiner Pensionsansprüche kann jeder Beamte seine Verabschiedung ohne Gründe verlangen, muß jedoch zuvor den aus seinem Dienstverbande hervorgehenden, bereits entstandenen, Verbindlichkeiten Genüge leisten.

Versezung in den Ruhestand.

§. 84.

Recht des Beamten, sie zu verlangen.

Pensionsberechtigte Magistratsmitglieder haben das Recht zu verlangen, in den Ruhestand versetzt zu werden:

- 1) nach zurückgelegtem fünfzigsten Dienstjahre,
- 2) nach zurückgelegtem siebenzigsten Lebensjahre,
- 3) wegen körperlicher oder geistiger Schwäche, die sie behindert, ihrem Dienste länger vorzustehen.

Die Stadtverordneten und der Magistrat in vereinigter Versammlung haben über das Vorhandensein des ad 3 erwähnten Grundes mit Ausschluß des Rechtsweges zu entscheiden.

§. 85.

Pensionirung wider Willen des Beamten.

Pensionsberechtigte Magistratsmitglieder können wider ihren Willen jederzeit pensionirt werden, wenn Magistrat und Stadtverordnete in vereinigter Versammlung solches beschließen.

Der Herzoglichen Landesregierung, welcher von dem gefaßten Beschlusse vor dessen Vollziehung Anzeige zu machen ist, steht es nach vergeblicher Vorstellung binnen 4 Wochen frei, die Versammlung der Stadtverordneten aufzulösen und den vorliegenden Fall den neu gewählten Stadtverordneten in vereinigter Versammlung mit dem Magistrate vorzulegen, bei deren Entscheidung es bewendet.

§. 86.

Fortsetzung.

Der Magistrat und die Stadtverordneten in vereinigter Versammlung haben darüber zu entscheiden, ob ein wegen zeitweiliger Dienstunfähigkeit pensionirter Beamter in einen seiner früheren Stellung entsprechenden, seinen Kräften angemessenen Dienst zurücktreten soll.

§. 87.

Fortsetzung.

Dem betheiligten Beamten steht in den im §. 84 Nr. 3 und §. 86 erwähnten Fällen gegen die erfolgte Entscheidung binnen 4 Wochen der Recurs an Herzogliches Staats-Ministerium zu, welches darüber nach genauer Prüfung der Sache und nach Anhörung der Ministerialcommission entscheidet.

§. 88.

Folgen der Versetzung in den Ruhestand.

Der in den Ruhestand versetzte Beamte hat das Recht, die ihm gebührende Pension auf seine Lebenszeit zu verlangen. Die Größe der Pension wird nach der

Größe des Gehaltes und der Anzahl der Dienstjahre bestimmt. Bei Berechnung der Dienstjahre, um den Betrag der Pension zu ermitteln, sind auch die Jahre, welche ein Magistratsmitglied unmittelbar vor seinem Eintritt in den städtischen Dienst im hiesigen Civilstaatsdienste oder als Officier oder Unterofficier im hiesigen Militärdienste zugebracht hat, in Anrechnung zu bringen.

Die Pension soll betragen:

- a. bis zum 5. Dienstjahre, dieses einschließlich, ein Drittel des Gehaltes;
- b. von dem 5. Dienstjahre an für jedes fernere Dienstjahr  $1\frac{1}{2}$  Procent des Gehalts mehr, jedoch mit der Beschränkung, daß die höchste Pension  $\frac{4}{5}$  des Gehaltes nicht übersteigen darf.

### §. 89.

Verlust der Pension.

Die Pension geht verloren:

- 1) wenn der Pensionirte wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurtheilt wird, welches, wenn er noch in Activität wäre, dessen Absetzung zur Folge gehabt haben würde,
- 2) wenn er sich weigert, eine seiner vorigen Stellung entsprechende, seinen Kräften angemessene Funktion anzutreten (§. 86.).

### §. 90.

Entlassung.

Die Entlassung geschieht im ordentlichen gerichtlichen Wege (§. 8 des Gesetzes vom 21. August 1849, die Gerichtsverfassung betreffend) in den Fällen, welche die Strafgesetze bestimmen, außerdem aber, wenn sich Magistratsmitglieder wiederholter Dienstvernachlässigungen, welche Ordnungsstrafen nöthig gemacht haben, oder unwürdiges Betragen haben zu Schulden kommen lassen.

§. 91.

Folgen der Entlassung.

Der Entlassene verliert seine Dienstrechte und wird ohne Rücksicht auf seine Dienstjahre auf ein Fünftel des Gehalts beschränkt. Die gewöhnliche Pension kann nur mit Zustimmung der vereinigten Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten verwilligt werden.

§. 92.

Absetzung.

Die Absetzung kann nur im ordentlichen gerichtlichen Wege erkannt werden.

Sie findet, außer in den durch die Strafgesetze bestimmten Fällen als nothwendige Folge Statt:

- 1) wenn der Beamte wegen Diebstahls, Fehlerei, Betrugs, Unterschlagung, Fälschung oder Meineides zu irgend einer Criminalstrafe und
- 2) wenn er wegen eines mit Vorsatz begangenen Verbrechens zu einer härteren, als einjährigen Freiheitsstrafe verurtheilt wird.

§. 93.

Folgen der Absetzung.

Der Abgesetzte verliert seine gesammten Dienstrechte und damit seinen ganzen Gehalt.

**3) Geschäftskreis.**

§. 94.

Allgemeine Bestimmungen.

Der Magistrat ist die Obrigkeit der Stadt. Er hat die städtischen Angelegenheiten der Stadt zu verwalten, in Landesangelegenheiten die Geschäfte zu besorgen, welche ihm gesetzlich überwiesen sind, ferner einzelne Aufträge zu vollziehen, welche ihm im Bezirke der Stadt von der Staatsbehörde ertheilt werden und den Requisitionen der sonstigen Behörden Folge zu leisten.

§. 95.

Fortsetzung.

Insbefondere hat derselbe:

- 1) das Gemeindevermögen zu verwalten und für dessen Erhaltung Sorge zu tragen,
- 2) den Gemeindevoranschlag aufzustellen,
- 3) die auf dem Etat oder nachträglichen Bewilligungen beruhenden Einnahmen und Ausgaben anzuweisen und das Rechnungs- und Cassenwesen zu beaufsichtigen,
- 4) die Gemeinderrechnung zu revidiren, abzunehmen (§. 137.) und den Rendanten der Stadtcasse nach geschehener Superrevision zu entlasten,
- 5) die Vertheilungsrollen über die den Einwohnern und Marktgenossen obliegenden Gemeindeabgaben und Leistungen aufzustellen und nach gehöriger Bekanntmachung für deren Beitreibung zu sorgen,
- 6) die Wegebaulichkeiten der Gemeinde auszuführen und zu überwachen,
- 7) Reparaturen und Neubauten, welche von den Stadtverordneten genehmigt worden, auszuführen,
- 8) Ausgaben aller Art, welche im Etat nicht vorgesehen worden und deren Betrag die Summe von 10  $\mathfrak{g}$  nicht übersteigt, innerhalb des für allgemeine Ausgaben der Art im Voranschlage bewilligten Credits zu beschließen,
- 9) die beschlossenen Prozesse zu führen,
- 10) die Hülfssbeamten und Gemeindediener anzunehmen, zu beaufsichtigen und zu entlassen (§. 46.),
- 11) bei Aufnahme in den Gemeindeverband, Geraths- und Gewerbebetriebsgesuchen und bei Renanbauten den Gesetzen gemäß mitzuwirken,



- 12) die Neubauten der Gemeindegengenossen nach Maßgabe der Gesetze und etwaiger statutarischer Bestimmungen zu prüfen und zu beaufsichtigen.

§. 96.

Fortsetzung.

In Gemeindeangelegenheiten ist der Magistrat nach den Vorschriften dieser Ordnung an die Mitwirkung der Stadtverordneten gebunden.

Bei Ausführung der in Landesangelegenheiten erhaltenen Aufträge und Requisitionen handelt der Magistrat unabhängig von den Stadtverordneten.

§. 97.

Fortsetzung.

Der Magistrat hat in den ersten 6 Monaten eines jeden Jahres den Stadtverordneten eine vollständige Uebersicht über die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten während des verflossenen Jahres vorzulegen.

§. 98.

Ortspolizei.

Die Ortspolizei wird in der Regel von dem Vorsteher des Magistrats verwaltet.

Polizeiliche Maßnahmen und Anordnungen, welche mit Kosten für die Stadtcasse verbunden sind, kann derselbe nur dann für sich treffen, wenn Gefahr im Verzuge ist.

§. 99.

Fortsetzung.

Allgemeine Gebote oder Verbote zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung können von den städtischen Behörden nur auf statutarischem Wege erlassen werden.

Wenn Gefahr im Verzuge ist, kann jedoch der

Vorstand der Polizei solche Gebote oder Verbote selbstständig erlassen. Dieselben dürfen bestehenden Gesetzen nicht widerstreiten und müssen auf ortsübliche Weise öffentlich bekannt gemacht werden. Nach Ablauf von 14 Tagen verlieren sie ihre Wirksamkeit.

Diejenigen, welche dergleichen Geboten oder Verboten zuwiderhandeln, verfallen in eine Geldstrafe bis zu 5  $\text{fl}$ , oder im Falle des Unvermögens in eine Gefängnißstrafe bis zu 5 Tagen und haben die Gerichte darüber zu erkennen, ob und welche Strafe verwirkt ist.

§. 100.

F o r t s e t z u n g.

Wenn nach dem Beschlusse des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten die Polizeiverwaltung einem anderen Magistratsmitgliede, als dem Vorsteher des Magistrats, dauernd übertragen werden soll, so ist hierfür die Genehmigung der Staatsbehörde erforderlich.

Für die Verwaltung der Ortspolizei kann jedoch auch ein besonderer Polizeibeamter auf Lebenszeit gewählt werden. Derselbe wird auf gleiche Weise, wie die Mitglieder des Magistrats, gewählt, bedarf der landesfürstlichen Bestätigung und ist hinsichtlich seiner dienstlichen Stellung den in diesem Gesetze für Mitglieder des Magistrats gegebenen Bestimmungen unterworfen.

§. 101.

L a n d e s p o l i z e i.

Die Staatsregierung ist befugt, dem Verwalter der Ortspolizei auch die Verwaltung der Landespolizei im Umfange des Stadtbezirks ganz oder theilweise zu übertragen.

§. 102.

Beschwerden über polizeiliche Verfügungen.

Gegen Verfügungen in orts- oder landespolizeilichen

Angelegenheiten und gegen alle gesetzwidrige Verfügungen steht dem Verletzten ein Recurs an die Staatsbehörde zu.

Gegen ortspolizeiliche Verfügungen hat der Verletzte auch das Recht der Beschwerde bei dem Stadtmagistrate.

Wenn über die Frage, ob eine Verfügung ortspolizeilicher Natur ist, zwischen dem Magistrate und dem Polizeibeamten Streit entsteht, so hat die Staatsbehörde darüber zu entscheiden.

Auf die Verhältnisse der Stadt Braunschweig finden diese Bestimmungen keine Anwendung und wird ein besonderes Gesetz das Nöthige dieserhalb reguliren.

§. 103.

Zwangsmittel.

Der Magistrat und in polizeilichen Angelegenheiten der Vorstand der Polizei sind befugt, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Ausführung der im gesetzlichen Wege getroffenen Anordnungen Zwangsmittel bis zu 3  $\mathfrak{s}$  zum Besten der Ortsarmencasse oder 24 Stunden Gefängniß anzuwenden.

Dem Magistrate resp. dem Vorstande der Polizei steht auch die Befugniß zu, Handlungen, zu denen einzelne Ortseinwohner verpflichtet sind, im Falle des Ungehorsams auf Kosten des Ungehorsamen ausführen zu lassen und die entstandenen Kosten, wenn die Erstattung verweigert wird, executivisch einzuziehen.

§. 104.

Verhältniß zu den Stadtverordneten.

Der Magistrat ist verpflichtet, gesetzwidrige Beschlüsse der Stadtverordneten nicht zur Ausführung zu bringen und das Wohl der Stadt gefährdenden Beschlüssen derselben die Ausführung einstweilen zu versagen.

In beiden Fällen hat der Magistrat die Angelegenheit mit seinen abweichenden Gründen den Stadtver-

ordneten zur nochmaligen Erwägung vorzulegen, und wenn dieselben bei ihrem Beschlusse beharren, der Staatsbehörde Anzeige zu machen.

§. 105.

Fortsetzung.

Die Staatsbehörde entscheidet auf erhobenen Widerspruch über die Gesetzmäßigkeit der von den Stadtverordneten gefaßten Beschlüsse.

Hinsichtlich derjenigen Beschlüsse der Stadtverordneten, welche nach dem Dafürhalten des Magistrats das Wohl der Stadt gefährden, wird die Staatsbehörde beide Theile zu einer Ausführung ihrer widerstreitenden Ansichten veranlassen und alsdann den Streitgegenstand in einem gutachtlichen Berichte zur Entscheidung des Herzogl. Staats-Ministeriums verstellen. Bei dieser Entscheidung hat es sein Bewenden.

§. 106.

Ausfertigung der Urkunden.

Urkunden, welche für die Stadt verbindlich sein sollen, müssen von dem Magistrate ausfertigt und von dem Vorsitzenden desselben unterschrieben sein. Ist die Zustimmung der Stadtverordneten oder die Genehmigung oder Entscheidung der Landesregierung erforderlich gewesen, so muß derselben Erwähnung geschehen.

**4) Geschäftsführung.**

§. 107.

Collegialische Behandlung der Geschäfte.

Der Magistrat betreibt seine Geschäfte in der Regel collegialisch und bei Gleichheit der Stimmen ist der Vorsteher der Stadtverordneten zuzuziehen.

§. 108.

Fortsetzung.

In den Städten, in welchen der Magistrat nur aus

drei Mitgliedern besteht, können im Fall der Behinderung eines Mitgliedes die beiden anderen Mitglieder gültig Beschluß fassen. Sind zwei Mitglieder behindert, so ist der Vorsteher der Stadtverordneten zuzuziehen.

Ein wegen eines Sonderinteresses bei einem Beschlusse betheiligtes Mitglied hat sich der Theilnahme an den Verhandlungen zu enthalten.

#### §. 109.

##### Geschäfte des Vorsitzenden.

Der Vorsteher des Magistrats hat die Aufsicht und Leitung des Geschäftsganges. Ihm liegt ob, darauf zu sehen, daß die Magistratsmitglieder, die Gemeindegeldbeamten und die Gemeinbediener ihren Verpflichtungen nachkommen. Wenn Gefahr im Verzuge ist, so hat er die Verfügungen sofort zu treffen.

Der Vorsteher des Magistrats wird im Falle der Behinderung durch ein von ihm zu bestimmendes anderes Mitglied des Magistrats vertreten.

#### §. 110.

##### Deputationen.

Sowohl zur dauernden Verwaltung einzelner Geschäftszweige, als zur Erledigung einzelner bestimmter Angelegenheiten und Aufträge können auf Beschluß des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten besondere Deputationen aus Mitgliedern derselben und anderen Bürgern gebildet werden.

Die Mitglieder solcher Deputationen werden von den Stadtverordneten gewählt und sind diese befugt, den erteilten Auftrag jederzeit zurückzunehmen und andere Deputationsmitglieder zu wählen.

Die Deputationen stehen unter Aufsicht und Leitung des Stadtmagistrats. Ein Mitglied des letzteren führt in ihnen den Vorsitz.

Das Amt eines Deputationsmitgliedes kann nicht abgelehnt werden, jedoch befreiet eine dreijährige Verwaltung des Amtes für die nächsten drei Jahre von der Verpflichtung zur Fortführung desselben.

§. 111.

Fortsetzung.

Die Beschlüsse der Deputationen werden nach Stimmmehrheit gefaßt und bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des vorsitzenden Magistratsmitgliedes.

§. 112.

Fortsetzung.

Beschwerden gegen das Verfahren und die Verfügungen der Deputationen werden bei dem Magistrate angebracht, welcher darüber zunächst entscheidet.

§. 113.

Beschwerden.

Beschwerden gegen Verfügungen des Magistrats sind binnen 14 Tagen bei der Staatsbehörde anzubringen, welche, insofern sie zu der Entscheidung competent ist, entscheidet, anderen Falls die Beschwerde an die zur Entscheidung berechtigten Behörden befördert.

In den Fällen, wo die vereinigte Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten entscheidet, muß die Beschwerde unmittelbar bei dem Stadtmagistrate angebracht werden.

IV. Von der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.

1) Bedeutung.

§. 114.

Allgemeine Bestimmung.

Die vereinigte Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten hat in denjenigen Angele-

genheiten mitzuwirken, welche ihr gesetzlich überwiesen sind.

§. 115.

Fortsetzung.

Insbefondere hat dieselbe

- 1) über Reclamationen gegen die Listen der Wahlberechtigten zu entscheiden (§. 32);
- 2) über Reclamationen gegen die Wahlen der Stadtverordneten zu entscheiden (§. 39);
- 3) die Mitglieder des Stadtmagistrats zu erwählen (§. 68);
- 4) die Pensionirung der Magistratsmitglieder zu beschließen (§. 85);
- 5) darüber zu entscheiden, ob entlassenen Magistratsmitgliedern die gewöhnliche Pension verwilligt werden soll (§. 91);
- 6) über das Verlangen eines Magistratsmitgliedes, wegen körperlicher oder geistiger Schwäche in den Ruhestand versetzt zu werden, und
- 7) über die Frage zu entscheiden, ob ein wegen zeitweiliger Dienstunfähigkeit pensionirter Gemeindebeamter wieder in den Dienst zurücktreten soll (§§. 84 und 86);
- 8) über Reclamationen des Rechnungsführers gegen Entscheidungen in Angelegenheiten der Rechnungsabnahme (§. 138), und
- 9) über die Frage zu entscheiden, ob Fremde zu Communalsteuern herangezogen werden sollen (§. 146);
- 10) in allen Fällen, in welchen die Stadtverordneten in erster Instanz entschieden haben, auf erhobene Beschwerde in zweiter Instanz zu entscheiden (§§. 43 und 66).

§. 116.

Fortsetzung.

Die Entscheidungen sind endgültig und findet ein Recurs dagegen nicht weiter statt, mit Ausnahme jedoch der sub Nris. 6, 7 und 8 gedachten Fälle, in welchen den betheiligten Beamten der Recurs an Herzogl. Staats-Ministerium, resp. an die Staatsbehörde gestattet ist (§§. 87 und 138).

§. 117.

Recht der Bitte und Beschwerde.

Derselben steht ferner das Recht zu, Namens der Stadtgemeinde Bitten und Beschwerden bei der Herzoglichen Landesregierung und der Landesvertretung anzubringen.

**2) Geschäftsordnung.**

§. 118.

Berufung der Versammlungen.

Der Vorsteher oder das älteste Mitglied des Stadtmagistrats hat die Versammlung zu berufen, so oft es das Bedürfniß erfordert oder der Vorsteher der Stadtverordneten unter Angabe des Gegenstandes der Berathung darauf anträgt.

§. 119.

Fortsetzung.

Der Vorsteher oder das älteste Mitglied des Stadtmagistrats führt in den Versammlungen den Vorsitz, hat dieselben zu eröffnen und zu schließen, die Verhandlungen zu leiten und die Ordnung zu handhaben.

§. 120.

Fortsetzung.

Im Uebrigen kommen die §§. 59, 60, 62, 63, 64 und 65 zur Anwendung.



## V. Von den Hülfsbeamten und Gemeindedienern.

### §. 121.

#### *A n z a h l.*

Ob und welche Hülfsbeamte und Gemeindediener anzustellen sind, wird nach den Umständen auf gemeinschaftlichen Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten bestimmt.

Unter den Hülfsbeamten soll ein Cämmerer sein, welchem die Rechnungsführung der Stadt-Casse obliegt.

### §. 122.

#### *B e s t e l l u n g.*

Behuf Besetzung der Stelle eines Hülfsbeamten und Gemeindedieners ermittelt der Magistrat nach pflichtmäßigem Ermessen drei taugliche Individuen, welche er den Stadtverordneten vorschlägt. Diese wählen aus den vorge schlagenen Personen Eine nach absoluter Stimmenmehrheit durch Abstimmung vermittelt verschlossener Zettel. Erfolgt eine solche Mehrheit nicht, so wird die Wahl wiederholt und entscheidet alsdann einfache Stimmenmehrheit, bei gleichen Stimmen aber das Loos.

### §. 123.

#### *D i e n s t v e r h ä l t n i s s.*

Die Hülfsbeamten und Gemeindediener werden vom Magistrate zu ihrem Dienste angewiesen und eidlich verpflichtet.

Alle Hülfsbeamten können auf Kündigung angestellt werden, wenn Magistrat und Stadtverordnete darüber einverstanden sind. Die nur zur mechanischen Dienstleistung bestimmten Gemeindediener müssen auf Kündigung angenommen werden.

Der Dienstvertrag der Hülfsbeamten und Gemeindediener wird die Dienstverhältnisse derselben sowohl im All-

gemeinen als rücksichtlich der Auflösung ihres Dienstverbandes reguliren.

§. 124.

Fortsetzung.

Die Normalgehälter der Hülfsbeamten und Gemeindediener sollen, so weit als thunlich, statutarisch festgestellt werden. In Ermangelung statutarischer Bestimmungen wird bei Feststellung dieser Gehälter auf dieselbe Weise verfahren, wie bei anderen städtischen Ausgaben.

§. 125.

Verbot der Erhebung von Gebühren.

Die Hülfsbeamten und Gemeindediener dürfen keine Gebühren erheben, soweit sie nicht durch Gesetze besonders zugebilligt sind und ist es namentlich nicht gestattet, dem Cämmerer für die Erhebung der öffentlichen Steuern, Brandcassengelder und Gemeindeabgaben Procente als Theile der Besoldung zu bewilligen.

§. 126.

Disciplinargewalt.

Die Disciplinargewalt über die Hülfsbeamten und Gemeindediener steht dem Magistrate zu. Sie sind in jeder Beziehung an die Instructionen und Anweisungen des Magistrats gebunden und kann sie derselbe durch geeignete Zwangsmittel zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten anhalten.

§. 127.

Arrest auf Gehälter und Pensionen.

Gehälter können nur bis zu einem Drittel und Pensionen bis zu einem Fünftel mit Arrest belegt werden.

VI. Von dem Rechnungswesen.

§. 128.

Rechnungsführung.

Die Stadtcasse wird durch einen besonderen Rechnungsführer verwaltet (§. 121). Derselbe hat die Ein-

nahmen der Stadtcasse zu erheben, so wie die übrigen ihm vom Magistrate übertragenen Erhebungen zu besorgen und sich der Erhebung und Ablieferung der öffentlichen Abgaben, Schulgelder und Brandcassengelder zu unterziehen.

§. 129.

Verpflichtungen des Rechnungsführers.

Der Rechnungsführer hat die Stadtcassenrechnung nach den Instructionen des Magistrats und die Rechnungen der anderen Cassen nach den Instructionen der betreffenden Staatsbehörden zu führen und aufzustellen und die ihm in Bezug auf diese Rechnungen gestellten Erinnerungen zu beantworten.

§. 130.

Fortsetzung

Der Rechnungsführer hat eine Caution zu bestellen, deren Betrag vom Magistrate zu bestimmen ist (§. 46).

§. 131.

Fortsetzung.

Der Rechnungsführer hat für das rechtzeitige Eingehen aller Einnahmen unter eigener Verantwortlichkeit Sorge zu tragen und rückständige Pachtgelder, Capitalzinsen und sonstige ständige Gefälle, so wie Rückstände aus öffentlichen Versteigerungen ohne weitere Vollmacht einzuklagen. Von der Anstellung einer Klage hat er jedoch dem Magistrate Anzeige zu machen.

§. 132.

Haftverbindlichkeit der Stadt.

Für die richtige und rechtzeitige Ablieferung der von dem Rechnungsführer vermöge seines Dienstes erhobenen öffentlichen Abgaben, Brandcassengelder und Schulgelder haftet die Stadt.

§. 133.

Voranschlag.

Ueber die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben

der Stadtcasse ist jährlich im Monat September ein Voranschlag von dem Magistrate aufzustellen, welcher den Stadtverordneten zur Genehmigung mitzutheilen und nach erfolgter Feststellung 14 Tage lang öffentlich auszulegen ist.

§. 134.

Fortsetzung.

Der Voranschlag ist hierauf bis zum 1. December der Staatsbehörde zur Bestätigung einzusenden.

Findet die Staatsbehörde, daß Gesetzwidrigkeiten beabsichtigt werden, so hat sie die Aenderung des Voranschlages zu verfügen.

Werden die nöthigen Mittel zur Erfüllung bestehender Verbindlichkeiten, welche auf Gesetzen oder sonstigen Normen des öffentlichen Rechts beruhen, verweigert, so wird die Staatsbehörde die Gemeinde auf diesen Mangel aufmerksam machen. Beharrt die Gemeinde auf ihrer Weigerung, so tritt das in dem Gesetze über die Organisation der Landesverwaltungsbehörden vorgeschriebene Verfahren ein. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit und aus Rücksichten auf das Gemeinwohl kann die Bestätigung nicht verweigert werden; es steht jedoch der Staatsbehörde zu, über etwaige Bedenken erregende Ansätze des Etats eine abermalige Beschlußfassung der Gemeindeorgane zu veranlassen.

§. 135.

Fortsetzung.

Erfolgt die Bestätigung oder eine sonstige Erklärung von Seiten der Staatsbehörde nicht binnen 6 Wochen nach Einsendung des Voranschlages, so gilt derselbe als genehmigt und ist im nächsten Jahre der Verwaltung der Stadtcasse zum Grunde zu legen.

§. 136.

Stadtcassenrechnung.

Die Stadtcassenrechnung ist mit den Belegen späte-

stens bis zum Schlusse des Monats April für das vorhergehende Kalenderjahr dem Magistrate vorzulegen.

Dieselbe wird, wie der Boranschlag, 14 Tage lang offen ausgelegt.

§. 137.

Fortsetzung.

Der Magistrat hat binnen 4 Wochen seine Erinnerungen zu der Rechnung aufzustellen und mit diesen den Stadtverordneten bis zum 1. Juni zugehen zu lassen. Nachdem die Rechnung von den Stadtverordneten revidirt worden ist, hat der Rechnungsführer die Erinnerungen des Magistrats und der Stadtverordneten zu beantworten, worauf durch gemeinschaftliche Deputirte des Magistrats und der Stadtverordneten in Gegenwart des Rechnungsführers mit Abnahme der Rechnung verfahren wird.

Die erforderlichen Endscheidungen werden zu Protocoll abgegeben.

§. 138.

Fortsetzung.

Der Rechnungsführer hat sich sofort zu erklären, ob er die Entscheidungen als richtig anerkennt und sich denselben unterwirft.

Ist er mit den Entscheidungen nicht einverstanden, so kann er binnen 14 Tagen seine Gründe dem Magistrate in einer schriftlichen Auseinandersetzung vorstellen. Ueber diese Vorstellung haben Magistrat und Stadtverordnete in vereinigter Versammlung zu entscheiden. Wird die frühere Entscheidung wiederholt, oder nicht auf eine dem Rechnungsführer zufriedenstellende Weise geändert, so ist dieser befugt, binnen 8 Tagen die Sache zur weitem Entscheidung der Staatsbehörde zu bringen.

Längstens binnen 4 Wochen nach dem Abnahme-Termine sind die Rechnung und die Abnahme-Verhandlungen der Staatsbehörde zur Superrevision einzusenden.

§. 139.

Fortsetzung.

Die Staatsbehörde hat

- 1) über die von dem Rechnungsführer binnen der vorgeschriebenen Frist vorgebrachten Beschwerden gegen Entscheidungen des Magistrats und der Stadtverordneten zu entscheiden,
- 2) die Abstellung von Unvollständigkeiten bei der Ablage und Abnahme der Rechnung zu veranlassen,
- 3) vorgekommene Ungefehllichkeiten zu rügen und den Umständen nach entweder den Rechnungsführer oder die Mitglieder des Magistrats zum Ersatz des der Stadtkasse zugefügten Verlustes aufzufordern, im Falle der Weigerung aber den Staatsanwalt zur Verfolgung der desfalligen Ansprüche der Stadtkasse zu veranlassen.

§. 140.

Fortsetzung.

Entscheidungen der Stadtbehörde, welche der Rechnungsführer ausdrücklich oder durch Versäumung der zur Befolgung der Beschwerden gesetzten Frist anerkannt hat, oder welche von der Staatsbehörde auf erhobene Beschwerde ergangen sind, haben in dem Verhältnisse zwischen dem Rechnungsführer und der Stadt die Kraft gerichtlicher Erkenntnisse. Gegen diese Entscheidungen der Staatsbehörde findet kein Recurs an Herzogliches Staats-Ministerium, dagegen aber das Rechtsmittel der Revision an das zuständige Amts- oder Kreisgericht, je nach dem Betrage der Beschwerde, statt, und das in dieser Revisionsinstanz abgegebene Erkenntniß ist endgültig.

Eine solche Revision muß binnen 14 Tagen nach Eröffnung der Entscheidung der Staatsbehörde verfolgt werden.

§. 114.

Fortsetzung.

Der Staatsanwalt ist in dem Falle des §. 139 Nr. 3 nur dann zur Anstellung einer Klage verpflichtet, wenn er den Anspruch der Stadtcasse für gegründet hält.

Die Einbesserung bemerkter Rechnungsfehler kann die Staatsbehörde jederzeit selbstständig verfügen.

§ 142.

Beitreibung rückständiger Gemeindelasten und  
Sicherstellung der Stadtcasse.

Rückständige Gemeindeabgaben und die durch ver-  
säumte Naturalleistungen entstandenen baaren Kosten wer-  
den gleich den öffentlichen Steuern executivisch eingezogen.

Das Grundstück haftet für die Gemeindegroßsteuer  
und muß auf den Antrag des Rechnungsführers zur  
Subhastation gebracht werden, wenn die gegen das in-  
nerhalb des Stadtbezirks befindliche bewegliche Vermö-  
gen des Besitzers angewandten Zwangsmittel ohne Er-  
folg geblieben sind.

Das der Stadt wegen der rückständigen Abgaben  
zustehende Pfand- und Vorzugsrecht bleibt unverändert.

## Fünfter Abschnitt.

Von dem Vermögen der Stadt und den  
städtischen Lasten.

§. 143.

Stadtvermögen.

Das zur Bestreitung der Gemeindeausgaben in  
jeder Stadt bestimmte Gemeindegut bildet das Stadt-  
vermögen (Cämmereivermögen). Dasselbe darf nur zu  
Gemeindezwecken verwendet, weder den einzelnen Gemein-  
degliedern überlassen, noch zu dem Staatsvermögen ge-  
zogen werden und ist so viel als thunlich zu erhalten.

§. 144.

Lagerbuch.

Ueber alle Theile des Stadtvermögens hat der Magistrat ein Lagerbuch zu führen. Eintretende Veränderungen sind in demselben nachzutragen.

§. 145.

Benutzung des Stadtvermögens.

Das Stadtvermögen ist auf die möglichst vortheilhafte Weise zu benutzen. Die Verpachtung der Grundstücke und Gerechtsame, wovon das Einkommen in die Stadtcasse fließt und der Verkauf der Erzeugnisse derselben muß in der Regel öffentlich auf Meistgebot erfolgen.

§. 146.

Verpflichtung zu Beiträgen.

Reicht das Einkommen der Stadtcasse zu den ihr obliegenden Ausgaben nicht hin, so sind die Gemeindegemeinschaften und im Fall der Erhebung einer Grundsteuer auch die Marktgemeinschaften, jedoch mit Ausnahme derjenigen, welche in Lohn und Kost bei Anderen stehen und kein Grundeigenthum besitzen, zur Aufbringung des Fehlenden verpflichtet.

Fremde können nach einem Aufenthalte von 6 Monaten gleichfalls zu Beiträgen herangezogen werden und haben darüber Magistrat und Stadtverordnete in vereinigter Versammlung zu entscheiden. Personen, welche an mehreren Orten abwechselnd wohnen, werden nach Verhältniß ihres Aufenthalts in den verschiedenen Gemeinden herangezogen.

§. 147.

Fortsetzung.

Die Verpflichtung erstreckt sich auch auf die Verzinsung und Abtragung vorhandener Schulden der Stadt, ohne daß deshalb eine besondere Bekanntmachung an die neu eintretenden Pflichtigen erforderlich ist.



§. 148.

**Persönliche Leistungen.**

Jeder Bürger ist bis zum zurückgelegten 50. Lebensjahre zum Waffendienste behuf des Gemeindeschutzes verpflichtet. Sonstige persönliche Leistungen der Gemeindegenossen sind nur da in Anspruch zu nehmen, wodem Bedürfniß nicht zweckmäßig auf andere Weise genügt werden kann.

Die Stellung eines geeigneten Stellvertreters ist mit Ausnahme des Waffendienstes behuf des Gemeindeschutzes zulässig. Das Nähere über die Verpflichtung zum Waffendienste behuf des Gemeindeschutzes bestimmt das Gesetz.

Wissenschaftliche, sowie kunst- und handwerksmäßige Leistungen können als Gemeindedienste nicht verlangt werden.

§. 149.

**Einquartierungslast.**

Zu den Leistungen der Gemeindegenossen und nicht wohnberechtigten Hausbesitzer gehört auch die Uebernahme der Natural-Einquartierungslast, deren Vertheilung bis zum Erlasse besonderer gesetzlicher oder statutarischer Bestimmungen von dem Ermessen des Magistrats abhängt.

§. 150.

**Anfang und Ende der Verpflichtung.**

Die Verpflichtung, zu den städtischen Lasten beizutragen, fängt für neu eintretende Gemeindegenossen mit dem Augenblicke des Eintritts an, erstreckt sich auch auf solche Erhebungen, deren Veranlassung sich aus früherer Zeit herschreibt, und dauert bis zum Austritte aus der Gemeinde.

**Gesetzliche Befreiungen.**

§. 151.

**a. Dingliche.**

Von allen Gemeindelaften befreiet sind:

- 1) die Herzoglichen Residenzschlösser, Lustschlösser und Gärten, so wie die für den Bedarf der Hofhaltung des Landesfürsten vorbehaltenen Grundstücke,

- 2) die Schlösser und Gärten der Mitglieder des Herzoglichen Hauses,
- 3) diejenigen Grundbesitzungen der Kirchen, Pfarrwittwenhäuser, Schulen, Armen- und Wohlthätigkeitsanstalten, für welche bisher zu den städtischen Lasten nichts beigetragen worden ist, und
- 4) die Begräbnißplätze und die Grundstücke der Stadt selbst.

§. 152.

b. Persönliche.

Von allen Gemeindelaften für ihre Person befreiet sind :

- 1) Mitglieder des Herzoglichen Hauses,
- 2) fremde Gesandte,
- 3) active Militärpersonen vom Hauptmann 2. Classe abwärts hinsichtlich ihres Dienst Einkommens,
- 4) Besucher öffentlicher Unterrichtsanstalten.

§. 153.

Aufhebung der übrigen Befreiungen.

Alle übrigen Befreiungen werden damit aufgehoben.

Neue Befreiungen können nach der Bekanntmachung dieses Gesetzes nicht mehr erworben werden.

§. 154.

Communalsteuer.

Der Zuschuß, welcher zur Deckung der der Stadtcasse obliegenden Ausgaben erforderlich ist, wird von den Pflichtigen durch eine Communalsteuer nach dem Verhältniß des Einkommens aufgebracht.

Die Veranlagung zu dieser Steuer geschieht auf den Grund der nach Vorschrift des Einkommensteuergesetzes vorgenommenen Schätzungen und zwar entweder nach gleichen Procentsätzen oder nach den für die Staatseinkommensteuer angenommenen Procentsätzen oder nach einem innerhalb dieser beiden Verhältnisse liegenden Maßstabe. Die näheren Bestimmungen hierüber sind statutarisch festzustellen.

§. 155.

Fortsetzung.

Ein Einkommen von weniger als 50  $\mathfrak{R}$  jährlich bleibt von der Gemeindeeinkommensteuer befreit; jedes Einkommen, welches zur Staatseinkommensteuer herangezogen wird, muß auch zur Gemeindeeinkommensteuer veranlagt werden.

Innerhalb dieser Grenzen können die Stadtverordneten beschließen, auch solche Gemeindegensossen, deren Einkommen mehr als 50  $\mathfrak{R}$  jährlich beträgt, mit der Gemeindeeinkommensteuer zu verschonen.

§. 156.

Fortsetzung.

Im Monat December ist die für das nächste Jahr geschehene Veranlagung auf übliche Weise zur Kenntniß der Steuerpflichtigen zu bringen.

§. 157.

Fortsetzung.

Der Bedarf der Stadtcasse kann indeß auch bis zu einem Drittel durch eine Steuer auf die im Stadtbezirke belegenen Grundstücke herbeigeschaftt werden.

Die näheren Bedingungen hierüber sind statutarisch festzustellen.

Der Steuersatz für einen Morgen Acker, Garten oder Wiese darf die Hälfte des Steuersatzes für das geringste Wohnhaus nicht übersteigen und nach Einführung der neuen Landesgrundsteuer wird der auf die Grundsteuer zu veranlagende Theil der Communalsteuer nach dem Verhältnisse der in die Grundsteuercataster eingetragenen Steuer capitale aufgebracht.

Sind einzelne bewohnte Besitzungen und deren Zubehörungen in wesentlicher Entfernung von den übrigen Wohnungen gelegen, oder sind Grundstücke in der Feldmark von so verschiedener Güte, daß durch die obige Veranlagung nach der Morgenzahl eine ganz unverhältnißmäßige Concurrrenz einzelner Pflichtigen herbeigeführt

werden würde, so soll, wenn eine Vereinigung darüber in der Gemeinde nicht zu erreichen steht, auf den Antrag der Betheiligten eine billige Ausgleichung durch die Staatsbehörde vorgenommen werden.

## Sechster Abschnitt.

### Von der Armenpflege.

#### §. 158.

##### Allgemeine Bestimmungen.

Die Städte haben die Verpflichtung, ihre Armen zu unterstützen und obdachlosen Gemeindegemeinschaften ein Unterkommen zu verschaffen, auch armen Kranken und fremden Hilfsbedürftigen, welche während eines zeitweiligen Aufenthalts erkranken oder aus sonstigen Gründen nicht entfernt werden können, Hilfe angedeihen zu lassen.

Die Heimathsgemeinden des Inlandes sind im letztern Falle verpflichtet, die aufgewandten Kosten zu erstatten.

#### §. 159.

##### Armendeputation.

Zur Leitung der Armenpflege ist in jeder Stadt eine Armendeputation zu bilden (§. 110) und sind die näheren Bestimmungen über die Ausführung der Armenpflege, soweit solches überhaupt für erforderlich erachtet wird, statutarisch festzustellen.

#### §. 160.

##### Verwaltungsbesugniß.

Die Armendeputation hat alle auf das Armenwesen sich beziehenden Angelegenheiten zu leiten. Insbesondere steht derselben die Bewilligung der nöthigen Unterstützungen, sowie die Beurtheilung zu, ob diese durch Geld- oder Naturalbewilligung, durch Arbeitsanweisung oder auf sonstige Weise beschafft werden soll.

Der Vorsitzende des Magistrats oder der Armendeputation sind befugt und verpflichtet, in Eilfällen Anordnungen zu treffen und Unterstützungen zu bewilligen.

Die Unterstützten müssen sich den Anordnungen der Armendeputation hinsichtlich der Art und Weise ihrer Beschäftigung unterwerfen und der Magistrat ist berechtigt, diesen Anordnungen durch geeignete Zwangsmittel Folgeleistung zu verschaffen.

§. 161.

Fortsetzung.

Die Armendeputation hat das Vermögen der Orts-Armencasse zu verwalten und dafür zu sorgen, daß die Aufkünfte und sonstigen Einnahmen der Armencasse ordnungsmäßig zur Berechnung kommen.

§. 162.

Einnahmen der Armencasse.

In die Armencasse fließen alle ständige und zufällige Einnahmen, welche dieselbe herkömmlich bezogen hat. Reichen diese regelmäßigen Einnahmen nicht hin, um den Bedürfnissen zu genügen, so muß das Fehlende aus der Stadtcasse entnommen werden, insofern es nicht vorgezogen wird, zu diesem Zwecke freiwillige Beiträge eintreten zu lassen.

§. 163.

Boranschlag.

Der Magistrat hat mit Zuziehung der Armendeputation im Monat September einen Boranschlag der muthmaßlichen Ausgaben des nächsten Kalenderjahrs aufzustellen und mit Berücksichtigung der regelmäßigen Einnahmen den nöthigen Zuschuß zur Deckung der Ausgaben festzusetzen. Dieser Boranschlag ist in den Boranschlag für die Stadtcasse aufzunehmen und bei der Feststellung wie ein Theil desselben zu behandeln.

§. 164.

Rechnungsführung.

Die Armencasse wird entweder durch den Rechnungsführer der Stadtcasse oder durch einen besondern Rechnungsführer verwaltet.

Der Rechnungsführer hat nach Maßgabe der Be-

schlüsse der Armendeputation zu verfahren und die Rechnung aufzustellen.

Für Abnahme und Revision dieser Rechnung gelten die hinsichtlich der Stadtcassenrechnung gegebenen Vorschriften.

### §. 165.

**Verbindlichkeit zur Erstattung der geleisteten Unterst<sup>u</sup>tzungen.**

Die geleisteten Unterst<sup>u</sup>tzungen sind nur als Vorschüsse zu betrachten, welche von den unterst<sup>u</sup>tzten Armen, wenn dieselben dazu im Stande sind, zurückverlangt werden können. Sind dieselben zur Zeit des Todes des Unterst<sup>u</sup>tzten noch nicht zurückerstattet, so hat die Armenverwaltung das Recht, den Nachlaß des Unterst<sup>u</sup>tzten an sich zu nehmen und sich daraus für die geleisteten Unterst<sup>u</sup>tzungen bezahlt zu machen, muß jedoch den etwaigen Ueberschuß den Erben, wenn dieselben sich binnen Jahresfrist melden, herausgeben.

## Siebenter Abschnitt.

**Von den Schulangelegenheiten.**

### §. 166.

**Allgemeine Bestimmung.**

Die Städte haben das Recht und die Verpflichtung, bei der Einrichtung, Verwaltung und Erhaltung der Schulanstalten nach Maßgabe der darüber erlassenen und noch zu erlassenden Gesetze mitzuwirken.

### §. 167.

**Vertretung der Stadt.**

Der Magistrat vertritt die Stadt in allen das Schulwesen betreffenden Angelegenheiten und ist hierbei an die Mitwirkung der Stadtverordneten in gleichem Maße gebunden, wie solches für die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten vorgeschrieben ist.

## Achter Abschnitt.

Von der Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatze  
des bei Ausläufen entstandenen Schadens.

### §. 168.

Allgemeiner Grundsatz.

Wenn bei einem Auslaufe (§. 102 des Criminal-  
gesetzbuches) öffentliches oder Privateigenthum vernichtet,  
beschädigt oder auf sonstige Weise beeinträchtigt wird,  
so ist die Gemeinde, in welcher ein solcher Vorfall sich  
ereignet, verbunden, den dadurch verursachten Schaden  
zu ersetzen, vorbehältlich ihres Regresses gegen die  
Schuldigen.

### §. 169.

Aufbringung und Repartition des Schadens.

Die zur Dedung des von der Gemeinde gezahlten  
Ersatzes erforderlichen Mittel sind von den pflichtigen Ge-  
meindegemeinschaften, welche zur Zeit des Auslaufs ihren regel-  
mäßigen Wohnsitz in der Gemeinde gehabt haben, nach  
dem Fuße der Communalsteuer aufzubringen. Falls der  
Beschädigte bei einer entstandenen Feuersbrunst von einer  
Assicuranzgesellschaft Vergütung zu fordern berechtigt ist,  
fällt die Verpflichtung der Gemeinde in so weit hinweg.

### §. 170.

Ausnahme.

Wenn die zusammengerottete Menge, durch welche  
der Auslauf veranlaßt wird, nicht aus Mitgliedern der  
Gemeinde besteht, sondern erweislich aus anderen Orten  
herbeigekommen ist und die Einwohner der Gemeinde  
außer Stande waren, die Beeinträchtigung des Eigen-  
thums zu verhindern, so findet der §. 168 auf die Ge-  
meinde, in welcher die Beeinträchtigung verübt ist, keine  
Anwendung.

### §. 171.

Fortsetzung.

In solchen Fällen gelten die §§. 168 und 169 von  
denjenigen Gemeinden, aus deren Mitte die Theilnehmer

gekommen sind, vorausgesetzt, daß die letzteren in einer Weise, welche die Aufmerksamkeit auf ihr Vorhaben zu lenken geeignet war, sich von dort entfernten und die Gemeinde im Stande war, das Vorhaben zu verhindern.

§. 172.

Verfahren.

Ueber die Verbindlichkeit zur Entschädigung und über den Betrag derselben haben die Gerichte zu entscheiden.

§. 173.

Unterstützung aus Staatsmitteln.

Würde der Betrag der zu zahlenden Entschädigungen für einzelne Gemeinden unverhältnißmäßig hoch ausfallen, so soll denselben, falls sie bei der Staatsbehörde nachzuweisen vermögen, daß sie nicht im Stande gewesen sind, den Schaden abzuwenden, aus Staatsmitteln thunlichst zu Hülfe gekommen werden.

## Neunter Abschnitt.

Von Gemeinheiten, Stiftungen, Corporationen.

### 1) Von Gemeinheiten.

§. 174.

Allgemeine Bestimmung.

Güter oder Berechtigungen, deren Benutzung an den Besitz gewisser Grundstücke geknüpft ist oder welche gewissen Genossenschaften (Gemeinheiten) gehören, können nicht zu dem Stadtvermögen gezogen werden. Die den Interessenten daran zustehenden Rechte bleiben unverändert und die Aufkünfte derselben können wider den Willen der Nutzungsberechtigten nicht zur Bestreitung von Gemeindeausgaben verwandt werden.

Ist jedoch ein Theil dieser Aufkünfte herkömmlich in die Gemeindecasse geflossen oder sind von denselben gewisse Gemeindeausgaben herkömmlich bestritten, so ist die Gemeindecasse, wenn das bisherige Verhältniß aufgehoben werden soll, entweder durch jährliche Zahlungen oder durch eine Grund- oder Capitalabfindung zu entschädigen.



Die Auseinandersetzung zwischen der Gemeinde und der Gemeinheit wird als Veräußerung von Gemeindegut angesehen und nach den darüber bestehenden gesetzlichen Vorschriften behandelt.

Als Genossenschaftsgut ist jedoch dasjenige nicht anzusehen, was herkömmlich schon bisher zu Gemeindegut zwecken diente oder dessen Einkünfte herkömmlich in die Gemeindecasse geflossen sind, selbst wenn es durch die Beiträge gewisser Gemeindegossen aufgebracht ist oder nach der bisher üblichen Gemeindeverfassung die Verfügung darüber gewissen Gemeindegossen zustand.

Differenzen über Existenz, Umfang und Werth der beiderseitigen Gerechtsame werden im Rechtswege geschlichtet.

§. 175.

Beschreibung.

Von diesen Gütern und Berechtigungen soll, wo es noch nicht geschehen ist, unter Zuziehung der Betheiligten eine Beschreibung aufgestellt werden.

§. 176.

Kosten.

Zu den Kosten, welche durch die Verwaltung und Benutzung dieser Güter und Berechtigungen veranlaßt werden, tragen nur diejenigen bei, welche an den Nutzungen Theil nehmen und zwar nach dem jedem einzelnen Interessenten daran zustehenden Theilnahmeverhältnisse.

§. 177.

Verwaltung.

Ueber die Verwaltung dieser Güter und Berechtigungen entscheidet die bisherige Observanz.

§. 178.

Beschlüsse.

Zur Fassung rechtsverbindlicher Beschlüsse gehört, so weit nicht Gesetze, Statuten oder Observanzen bestimmte Vorschriften festgestellt haben:

- 1) daß sämtliche Interessenten unter Angabe des Zweckes speciell vorgeladen,

- 2) wenigstens zwei Drittheile derselben erschienen sind und
- 3) die absolute Mehrzahl der Erschienenen sich zu einem Beschlusse vereinigt.

§. 179.

Veräußerungen.

Die auf Veräußerung solcher Güter und Berechtigungen gerichteten Beschlüsse der Interessenten bedürfen, insofern sie nicht Theilungen oder Ablösungen im gesetzlichen Wege zum Gegenstande haben, der Genehmigung der für die Gemeindeangelegenheiten bestellten Aufsichtsbehörden.

§. 180.

Process.

Nimmt eine in der Gemeinde befindliche Gemeinheit ein bisher für die Gemeindecasse benutztes Grundstück oder andere bisher für dieselbe benutzte Gegenstände in Anspruch und wird von der Gemeinheit Klage erhoben, von der Gemeinde aber beschlossen, sich nicht auf die Klage einzulassen, so ist die Staatsbehörde befugt, einen Vertreter zur Führung des Processes für die Gemeindecasse zu bestellen.

**2) Von den Stiftungen und Corporationen.**

§. 181.

Allgemeine Bestimmung.

Stiftungen und Corporationen stehen unter dem Schutze der Gemeinde.

Das Vermögen derselben darf nur zu Stiftungs- und Corporationszwecken verwendet werden und haben die einzelnen Gemeindegengenossen darauf keinen Anspruch.

Die Verwaltung unterliegt der Aufsicht des Magistrats, so weit darüber nicht durch Statuten, Observanzen und Stiftungsurkunden anderweitige Verfügung getroffen ist.

Die Veräußerung von dergleichen Gütern wird einer Veräußerung von Gemeindegut gleichgeachtet, wenn nicht Statuten, Observanzen und Stiftungsurkunden andere Bestimmungen getroffen haben.

§. 182.

Rechte der Stadt Braunschweig.

Die Rechte, welche der Stadt Braunschweig nach Statuten, Verträgen oder Herkommen in Beziehung auf die Stadtkirchen, die städtischen Hospitäler, Armen- und Beguinenhäuser und das Hospital Beatae Mariae Virginis zustehen, bleiben vorbehalten.

**Zehnter Abschnitt.**

**Von den Verhältnissen zu den Staatsbehörden.**

§. 183.

Allgemeine Bestimmungen.

Die dem Staate zustehende Aufsicht über die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten wird in der Stadt Braunschweig unmittelbar von dem Herzoglichen Staats-Ministerium und in den übrigen Städten von einer dem Herzoglichen Staats-Ministerium untergeordneten Staatsbehörde (den Herzoglichen Kreisdirectionen) geführt.

§. 184.

Befugnisse und Verpflichtungen derselben.

Diese Behörden haben im Allgemeinen darauf zu achten, daß die Verwaltung den Gesetzen gemäß geführt werde. Insbesondere sind sie, um ihrem Aufsichtsrechte Erfolg zu geben, befugt:

- 1) die von den Gemeindebehörden gefaßten Beschlüsse und erlassenen Verfügungen, insofern diese den gesetzlichen Vorschriften oder sonstigen Normen des öffentlichen Rechts zuwiderlaufen oder über die gesetzlichen Befugnisse der Communalbehörden hinausgehen, nach vorgängiger Anhörung derselben aufzuheben,
- 2) die Ausführung von Beschlüssen und Verfügungen der Communalbehörden, insofern dadurch nach dem Daseinhalten der Staatsbehörde das Gemeinwohl gefährdet wird, einstweilen zu untersagen, und

die Entscheidung des Herzoglichen Staats-Ministeriums einzuholen,

- 3) in den gesetzlichen Fällen die Entscheidungen und Beschlüsse der betreffenden Organe zu erwirken,
- 4) nach Maßgabe der bestehenden oder noch zu erlassenden gesetzlichen Vorschriften oder sonstigen Normen des öffentlichen Rechts die erforderlichen Verfügungen zu erlassen, um die Gemeinden zur gehörigen Erfüllung der ihnen hiernach obliegenden Verbindlichkeiten anzuhalten, und
- 5) in allen Fällen, wo Gefahr im Verzuge ist, die erforderlichen provisorischen Anordnungen selbstständig zu treffen.

Die Staatsbehörde ist außerdem verpflichtet, zur Förderung eines kräftigen Gemeindelebens mitzuwirken, muß sich jedoch einer durch die Gesetze nicht begründeten Einmischung in die Gemeindeangelegenheiten enthalten.

#### §. 185.

Einspruch gegen Verfügungen des Magistrats.

Wenn die Stadtbehörden über einen Beschluß einverstanden sind, so kann die Staatsbehörde denselben nicht abändern. Hält sie aber einen Beschluß dieser Behörden für unverträglich mit den Gesetzen oder dem Gemeinwohl gefährlich, so kann sie Einspruch gegen denselben einlegen und die Sache zur Entscheidung des Herzogl. Staats-Ministeriums verstellen. Bis zu dieser Entscheidung kann der Beschluß nicht ausgeführt werden.

#### §. 186.

Einwirkung der Staatsbehörde auf die Orts-polizei.

In Angelegenheiten, welche sich auf die Local-polizei beziehen, steht der Staatsbehörde die Entscheidung über erhobene Beschwerden nach Anhörung des Localpolizeibeamten zu.

Zum Erlaß leitender Verfügungen ist Herzogliches

Staatsministerium nach Anhörung der städtischen Behörden befugt.

Wenn Gefahr im Verzuge ist, steht diese Befugniß auch der Staatsbehörde zu.

§. 187.

Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums.

Die Genehmigung des Herzoglichen Staats-Ministeriums ist erforderlich:

- 1) zur Errichtung, Aenderung und Aufhebung von Statuten und polizeilichen Reglements;
- 2) zur freiwilligen Veräußerung von Gemeindegrundstücken und Berechtigungen oder zum Ankaufe von Grundstücken und Berechtigungen, wenn der Capitalwerth den Betrag von 200  $\mathfrak{R}$  übersteigt;
- 3) zur Veräußerung von wissenschaftlichen oder Kunstsammlungen und Veränderungen mit den städtischen Archiven und
- 4) zur Aufnahme von Anleihen, so wie zur Kündigung und Ausleihung von Capitalien, sofern dieselben nicht bei der Leihhauscasse belegt oder zum Ankaufe von Landes- und Cammer-Obligationen verwandt werden.

Anträge in diesen Angelegenheiten werden an die Staatsbehörde gerichtet.

§. 188.

Verfügung in Landesangelegenheiten.

In denjenigen Landesangelegenheiten, welche der Magistrat oder ein Mitglied desselben Namens der Staatsgewalt zu besorgen hat, steht der Staatsbehörde die Entscheidung auf erhobene Beschwerden zu.

§. 189.

Uebertragung der Localpolizei-Verwaltung an einen Staatsbeamten.

Wenn die Localpolizei in einer Stadt mangelhaft verwaltet wird und Erinnerungen durch die Staatsbehörde fruchtlos geblieben sind, so kann auf vorgängigen

Bericht der Staatsbehörde das Herzogliche Staats-Ministerium die Verwaltung der Localpolizei auf Kosten der Stadt einem Staatsbeamten übertragen.

Diese außerordentliche Maßregel wird jedoch aufhören, wenn die städtischen Behörden ein anderes Mitglied des Magistrats mit der Verwaltung der Polizei beauftragen oder ein besonderer Polizeibeamter gewählt wird und in beiden Fällen die Bestätigung erfolgt ist (§.100.).

## Elfter Abschnitt.

### Vorübergehende Bestimmungen.

#### §. 190.

Eintritt des Gesetzes.

Diese revidirte Städteordnung tritt mit dem 1. Juli 1850 in Kraft.

Die bisherigen Gemeindeorgane bleiben bis zum Dienstantritt der Neugewählten in Wirksamkeit.

#### §. 191.

Fortsetzung.

Die gegenwärtigen Magistratsmitglieder, die aus der Stadtcasse besoldeten Hilfsbeamten und Gemeindeviener bleiben in ihren Amtsverrichtungen und tritt erst nach Ablauf der Wahlzeit bei den auf Zeit Gewählten eine Neuwahl ein.

Für die wegfallende Erhebung von Gebühren leistet die Stadtcasse den betheiligten Beamten Entschädigung, die, falls eine gütliche Einigung nicht zu erreichen steht, von dem Herzogl. Staats-Ministerium festgestellt wird.

Wo zeither dem Rechnungsführer Erhebungsgelder bewilligt sind, können diese Gebühren bis zum Abgange des Rechnungsführers beibehalten werden.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes über Auflösung des Dienstverbandes kommen auch bei den jetzt vorhandenen städtischen Beamten zur Anwendung, doch erhalten die Beamten, welche wider ihren Willen pensionirt werden, den nach der bisherigen Gesetzgebung ihnen ge-

bührenden Pensionsbetrag, soweit nicht das Gesetz vom 31. August 1849, Nr. 34, Abänderungen getroffen hat.

§. 192.

Fortsetzung.

Die Verhältnisse des Magistrats der Stadt Wolfenbüttel sollen rücksichtlich der gegenwärtig aus der Stadtcasse besoldeten Mitglieder desselben nach Einführung der revidirten Städteordnung von den städtischen Organen auf statutarischem Wege geordnet werden.

§. 193.

Erneuerung der Stadtverordneten-Versammlung.

Sofort, nachdem dieses Gesetz in Kraft getreten ist, wird mit der Bildung der Stadtverordneten nach den Vorschriften desselben verfahren.

Die Gemeindegengenossen sind deshalb zur Erlangung des Bürgerrechts aufzufordern und ist denselben dazu eine vierwöchentliche Frist zu gestatten, nach deren Verlauf die Listen der Wahlberechtigten aufzustellen sind.

§ 194

Fortsetzung.

Reclamationen gegen die Listen der Wahlberechtigten sind von den einzelnen Interessenten binnen 14 Tagen nach Bekanntmachung der Listen anzubringen und von dem Stadtmagistrate und den Stadtverordneten in vereiniger Versammlung endgültig zu entscheiden.

§. 195.

Veranlagung der Communalsteuer.

Bis zur Einführung der Staatseinkommensteuer wird die Schätzung des Einkommens der Steuerpflichtigen behuf Veranlagung der Communalsteuer durch die Stadtverordneten und danach die Eintheilung in die Steuerclassen vorgenommen.

Der Maßstab für die Veranlagung in den einzelnen Classen bedarf der Bestätigung der Herzogl. Landesregierung.

Wenn von den Stadtbehörden eine steigende Scala angenommen wird, so darf die Steigung von der niedrigsten

bis zur höchsten Classe das Verhältniß von 1 zu 4 nicht übersteigen.

§. 196.

Abnahme der Gemeinde- und Ortsarmencassen-Rechnungen.

Die Stadt- und Ortsarmencassenrechnungen bis zum 1. Januar 1850 werden nach den bisherigen Vorschriften durch Herzogl. Finanz-Collegium im Laufe des Jahres 1850 revidirt und abgenommen.

§. 197.

Ermäßigung der Gebühr für Ertheilung des Bürgerrechts.

Für diejenigen, welche einem städtischen Verbande bereits angehören und nach der Vorschrift dieses Gesetzes gegenwärtig das Bürgerrecht gewinnen müssen, kann im Falle der Dürftigkeit die Gebühr für Ertheilung des Bürgerrechts von dem Magistrate unter Zustimmung der Stadtverordneten bis auf 8 *gg* ermäßigt werden.

§. 198.

Aufhebung entgegenstehender Vorschriften.

Mit dem Eintritte dieses Gesetzes verlieren alle demselben entgegenstehenden früheren Gesetze und Vorschriften, insbesondere die Städteordnung vom 4. Juni 1834 ihre Wirksamkeit.

Die bestehenden statutarischen Bestimmungen, in soweit sie nichts diesem Gesetze Widersprechendes enthalten, bleiben in Kraft.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrudten Herzogl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, am 19. März 1850.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schleich.

von Gehso.

Langerfeldt.



**Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog  
zu Braunschweig und Lüneburg &c. &c. &c.**

Da kein hinreichendes Motiv für eine allgemeine Anwendung der Ausnahmebestimmung fortbesteht, welche im §. 146, Absatz 1, der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850, Nr. 23, Gemeindegossen, „welche in Lohn und Kost bei Anderen stehen und kein Grundeigenthum besitzen,“ von der Beitragspflicht zu den städtischen Lasten ausnimmt, diese Ausnahmebestimmung vielmehr in der Anwendung namentlich auf das gewerbliche Hülfspersonal Ungleichheiten und Unzuträglichkeiten herbeiführt, —

und da ferner

nach Erlaß des Gesetzes vom 3. August 1864 über den Aufenthalt im Herzogthume und den Erwerb des Wohnortsrechtes durch dauernden Aufenthalt nicht mehr für angemessen erachtet werden kann, daß auch solche Fremde, welche behuf Broderwerbs den Aufenthalt an einem Orte des Herzogthums nehmen (§. 2 leg. cit.) oder denen der dauernde Aufenthalt an einem Orte des Herzogthums auf desfalliges Ansuchen gestattet wird, erst nach Verlauf von sechs Monaten —

§. 146, Absatz 2, der revidirten Städteordnung  
und §. 88, Absatz 2, der Landgemeindeordnung, —  
zu Beiträgen herangezogen werden,

so

erlassen Wir mit Zustimmung der Landesversammlung  
das nachfolgende Gesetz:

§. 1.

Die Ausnahmebestimmung im §. 146, Absatz 1, der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850, № 23, wird hierdurch aufgehoben.

§. 2.

Der § 146, Absatz 2, der revidirten Städteordnung cit. und §. 88, Absatz 2, der Landgemeindeordnung vom 19. März 1850, № 24, werden dahin erweitert, daß Fremde, welche behuf Broderwerbs den Aufenthalt an einem Orte des Herzogthums nehmen oder denen der dauernde Aufenthalt an einem Orte des Herzogthums auf desfallsiges Ansuchen gestattet wird, schon vom Beginne ihres Aufenthalts zu Beiträgen herangezogen werden können.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 6. August 1867.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Campe.      W. Schulz.      Zimmermann.

**Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog  
zu Braunschweig und Lüneburg &c. &c. &c.**

Wir erlassen mit Zustimmung der Landes-Versammlung das nachfolgende Gesetz:

**§. 1.**

Dem im §. 15 *N*. 1 der revidirten Städteordnung und im §. 15 *N*. 1, sowie im §. 16 *N*. 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 19. März 1850 bestimmten 25. Lebensjahre wird das zurückgelegte 21. Lebensjahr hierdurch substituirt.

Die Bestimmung des zweiten Absatzes unter *N*. 4 im §. 16 der Landgemeinde-Ordnung tritt außer Wirksamkeit.

**§. 2.**

Die gleichlautende Vorschrift im §. 15 *N*. 2 der revidirten Städteordnung und im §. 15 *N*. 2 der Landgemeinde-Ordnung, welche lautet:

„einen eigenen Hausstand führen oder in selbstständigen Verhältnissen leben“  
wird aufgehoben.

An die Stelle des zweiten Absatzes im §. 15 der revidirten Städteordnung:

„die Meldung zur Aufnahme in die Bürgerrolle muß binnen 3 Monaten nach Errichtung eines selbstständigen Haushalts bei dem Stadtmagistrate angebracht werden“  
tritt die Vorschrift:

Die Meldung zur Aufnahme in die Bürgerrolle muß binnen 3 Monaten nach zurückgelegtem 21. Lebensjahr bei dem Stadtmagistrate angebracht werden.

§. 3.

Die Bestimmungen des §. 18 der revidirten Städteordnung und des letzten Absatzes im §. 16 der Landgemeinde-Ordnung sind fernerhin in Uebereinstimmung mit den Modificationen und Veränderungen anzuwenden, welche aus den obigen §§. 1 und 2 dieses Gesetzes in Betreff des Requirits des Alters und der Selbstständigkeit sich ergeben.

§. 4.

Die Bestimmung im §. 17 der Landgemeinde-Ordnung, daß zu Gemeindeämtern nicht wählbar sein sollen 2c. „diejenigen Hofbesitzer, welche nicht in selbstständigen Verhältnissen leben“ wird hierdurch aufgehoben.

§. 5.

Die Bestimmung des §. 21 der revidirten Städteordnung, nach welcher für die Ertheilung des Bürgerrechts eine Gebühr von 2  $\mathfrak{f}$  Seitens der Stadtbehörden zu erheben ist, wird hiermit dahin abgeändert:

Für die Ertheilung des Bürgerrechts wird den Stadtbehörden gestattet, eine Gebühr bis zu 2  $\mathfrak{f}$  zu erheben. Das Weitere ist im statistischen Wege zu ordnen.

§. 6.

Die Bestimmungen im §. 35 Abs. 3 der revidirten Städteordnung und im §. 26 der Landgemeinde-

Ordnung, nach welchen bei den Wahlen die Stimmen zu Protokoll abzugeben sind, —

ingleichem die Bestimmungen im §. 37 Abs. 1 der revidirten Städteordnung und im §. 28 Abs. 1 der Landgemeinde-Ordnung:

„Zur Gültigkeit einer Wahl wird absolute Stimmenmehrheit erfordert, d. h. mehr als die Hälfte der Stimmen der erschienenen Wähler“

werden hierdurch dahin abgeändert resp. modificirt, daß fernerhin die Wahl durch verschlossene, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift zu geschehen hat, —

und

die erforderliche absolute Stimmenmehrheit nach den abgegebenen Stimmen sich bestimmt.

#### §. 7.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April d. Jrs. in Wirksamkeit.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 26. Januar 1870.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Campe. W. Schulz. Zimmermann.

**Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog  
zu Braunschweig und Lüneburg u. u. u.**

erlassen zur Ergänzung der revidirten Städteordnung  
und der Landgemeindeordnung vom 19. März 1850  
mit Zustimmung der Landesversammlung das nachfol-  
gende Gesetz:

**§. 1.**

**Zu den Communalsteuern**

cf. §. 146 der Revidirten Städteordnung, und  
§. 88 der Landgemeindeordnung

sind auch heranzuziehen

- 1) physische Personen (auch Theilnehmer einer Com-  
manditgesellschaft) rücksichtlich des Einkommens  
aus einem stehenden Gewerbe, welches sie an  
einem Orte des Herzogthums betreiben, ohne  
dasselbst ihren Wohnsitz oder ihren Aufenthalt  
zu haben;
- 2) Actiengesellschaften, Commanditgesellschaften auf  
Actien und Gewerkschaften rücksichtlich des Ein-  
kommens aus dem an einem Orte des Herzog-  
thums von ihnen betriebenen stehenden Gewerbe.

**§. 2.**

Die Communalsteuer der vorerwähnten Personen  
und Gesellschaften soll nach ihrem muthmaßlichen Rein-  
einkommen aus dem Gewerbe veranlagt und nach billi-  
gem Ermessen unter Rücksicht auf die Gemeindelaften  
der physischen Personen in der Gemeinde und der der

Gemeinde aus dem Gewerbebetriebe drohenden Belastung, ohne Anwendung der etwa für physische Personen bestehenden Steuerclassen, festgestellt werden.

### §. 3.

Erstreckt sich das stehende Gewerbe, wie namentlich der Geschäftsbetrieb einer Eisenbahngesellschaft oder der Versicherungsgesellschaften auf das ganze Land, oder auf Theile desselben oder doch auf verschiedene Gemeinde-Bezirke, so erfolgt die Veranlagung an den Stationsorten resp. an den Wohnorten der Agenten nach Maßgabe des Einkommens, welches der Geschäftsbetrieb an dem betreffenden Stationsorte resp. aus der betreffenden Agentur gewährt.

Herzogliches Staatsministerium wird, was insbesondere die Eisenbahngesellschaften betrifft, bestimmen, welche Stationsorte als communalsteuerpflichtig anzusehen sind; die Veranlagung erfolgt bei Aufstellung des Voranschlags der Gemeinde im September eines jeden Jahrs und zwar dergestalt, daß dabei der für das folgende Jahr communalsteuerpflichtige Einkommensbetrag nach dem betreffenden Einkommen vom Vorjahre berechnet und festgestellt wird.

### §. 4.

Gegen die Verfügungen der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten resp. des Kreisausschusses

cf. §§. 47. 66. 115 und 116 der Revidirten Städteordnung, und

§§. 150 und 164 der Landgemeindeordnung, durch welche die im §. 1 bezeichneten Personen und Gesellschaften zur Communalsteuer herangezogen und die von ihnen zu zahlenden Communalsteuerbeträge festge-

setzt werden, steht den Betheiligten der Recurs an Herzogliches Staats-Ministerium zu, dessen Entscheidung die endgültige ist.

§. 5.

Das gegenwärtige Gesetz tritt am 1. Januar 1872 in Kraft.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.  
Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesetzten  
Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 5. Juni 1871.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Campe. W. Schulz. Zimmermann.